

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends, Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögenswert. d. Verb. Hamb. 11598  
**45. Jahrgang** **Hamburg, 22. August 1931** **Nummer 34**

## Wirkungen der Kreditkrise auf den beruflichen Arbeitsmarkt

Für Deutschland war der Juli ein kritischer Monat ersten Ranges. Selbst die Annahme des Hooverplanes mit dem einjährigen Zahlungsausschub für die fälligen Reparationen konnte das Verhängnis nicht mehr aufhalten, nachdem politische und wirtschaftliche Momente eine Anzahl von Voraussetzungen für den scheinbar unaufhaltenden Niedergang der deutschen Wirtschaft geschaffen hatten. Im heutigen Zustand ist die Krise vor allem eine Vertrauens- und Kreditkrise. Man muß sich vor Augen halten, daß seit 1924 in Deutschland etwa 27 Milliarden ausländisches Kapital angelegt wurden. In derselben Zeit sind — nach vorsichtiger Schätzung — etwa 10 Milliarden Goldmark im Auslande investiert, davon sicher ein beträchtlicher Teil ohne wirtschaftliche Notwendigkeit und aus wenig vaterländischer Gesinnung heraus. Es besteht also für die deutsche Wirtschaft eine Schuldenlast von annähernd 17 Milliarden, von denen etwa 6 Milliarden auf kurzfristige Darlehen entfallen und in den letzten Monaten mindestens 4 Milliarden gefündigt oder zurückgezogen wurden. Hatte schon der Ausfall der Reichstagswahlen mit dem unverständlichen Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen den deutschen Kredit stark erschüttert, so haben ihm wirtschaftliche Geschehnisse der letzten Zeit den Todesstoß verleiht. Dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditbank im Mai dieses Jahres folgt ein gerader Schlag über den Vermögensstand mit seinen Millionenverlusten zu den Zahlungsschwierigkeiten der Danabank, die letzten Endes durch das Zurückrufen kurzfristiger Auslandskredite infolge Sinkens des ausländischen Vertrauens hervorgerufen wurden. Die üblen Begleiterscheinungen, der Run auf die Banken und Sparkassen, die bei dem durch eine Inflation gezwungenen deutschen Volke verständlich sind, haben dann mit dem Mangel an Zahlungsmitteln ein übriges getan, um unsere Wirtschaft hart an den Rand des Abgrundes heranzuführen.

Daß wiederum die Arbeiterschaft am schwersten von der Ungunst der Verhältnisse betroffen wird, können auch Notverordnungen nicht ändern, so bringen ihre Anwendung unter den gegebenen Verhältnissen auch gewesen sein mag. Immerhin ist die allgemeine Arbeitslosigkeit nicht ganz in dem zu erwartenden Maße gestiegen. Die Zunahme um rund 20 000 Personen in der zweiten Julihälfte auf rund 3 976 000 hält sich vielmehr in engen Grenzen, dürfte aber in der Hauptsache auf bessere Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft infolge der in vollem Gange befindlichen Getreideernte zurückzuführen sein.

Unser Maler- und Lackiererberuf ist jedenfalls weit stärker betroffen. In 160 Filialen, die rechtzeitig über ihre 53 737 (davon 138 weibliche) Mitglieder berichtet haben, wurden am 25. Juli 28 247 männliche und 39 weibliche, zusammen 28 286 Mitglieder als arbeitslos ermittelt. Das sind 52,6 von jedem Hundert (gegen 48,3 % am Ende des Monats Juni) und bei Abrechnung der 6811 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge 60,3 vom Hundert der Gehilfenmitglieder, gegen 56,6 % am Ende des Vormonats. Das entspricht etwa dem Stande vom Jahresschluß 1923, zu welcher Zeit in den Wintermonaten derartige Arbeitslosenziffern als ganz außerordentlich hoch empfunden wurden. Leider sind sie heute infolge der unsinnigen Vermehrung der Berufstätigen durch wahl- und zahllos herangebildeten Nachwuchs keine Seltenheit mehr, wie nachstehende Uebersicht zeigt:

Für das Gebiet des Landesamtes Ostpreußen errechnet sich ein Rückgang der beruflichen Arbeitslosigkeit von 74,0 auf 53,4 %. Es kann aber nur bedingt zum Vergleiche herangezogen werden, da die Filiale Königsberg in diesemmaligen Bericht fehlt, mit ihren 1121 Mitgliedern das Ergebnis aber erheblich zu beeinflussen vermag. Eine Verminderung wird auch für Sachsen (um 3,0 %) und Weistalen (um 0,5 %) nachgewiesen, doch stehen beide Bezirke noch erheblich über dem Reichsdurchschnitt, der überhaupt nur in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, der Nordmark, Niedersachsen und Hessen unterstrichen wird, wo die Arbeitslosigkeit auch im günstigsten Falle immer noch 52 % beträgt.

Auch die Kurzarbeit hat weiter zugenommen. Es arbeiten verkürzt 1832 männliche und 12 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, 400 männliche und 5 weibliche Be-

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Vollmitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	170	166	57 043	53 977	26 956	36 133	55,7	77,8
Februar	171	172	59 031	56 468	29 168	36 890	58,3	76,3
März	169	161	58 098	55 058	22 185	31 926	45,5	67,9
April	170	160	57 321	55 447	17 272	28 714	36,0	60,5
Mai	154	163	57 629	55 761	14 148	26 441	29,3	55,4
Juni	153	152	56 720	51 968	15 255	25 108	31,2	56,6
Juli	164	160	56 456	53 737	19 135	28 286	39,4	60,3
August	159		56 736		20 830		42,5	
Septemb.	169		58 156		21 913		43,8	
Oktober	160		55 848		24 835		52,1	
Novemb.	166		57 348		30 524		62,2	
Dezember	169		56 858		35 519		73,2	

schäftigte um 9 bis 16 Stunden, 530 männliche und 14 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und 138 männliche sowie 4 weibliche Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche. Die Zahl der Kurzarbeiter ist von 6 % auf 8,3 % der erfaßten Mitglieder gestiegen.

Über die Konjunktur im Malergewerbe wurde aus 38 Filialen über 121 Betriebe mit einer Gesamtbeschäftigung von 2608 beschäftigten Personen berichtet. Es entfallen demnach im Durchschnitt auf jeden Betrieb 21,5 Beschäftigte, von denen sich 4 Personen noch im Lehrverhältnis befinden, während im Vormonat noch 25,5 beziehungsweise 4,2 Lehrlinge ermittelt wurden. Den Beschäftigungsgrad bezeichnen 0,8 % der Betriebe (gegen 3,3 % am Ende des Monats Juni) mit 0,8 % der Beschäftigten (gegen 7,5 %) mit sehr gut, 8,3 % der Betriebe (gegen 8,2 %) mit 14,4 % der Beschäftigten (gegen 11,8 %) mit gut, 28,1 % der Betriebe (gegen 42,6 %) mit 44 % der Beschäftigten (gegen 53,8 %) mit befriedigend und 62,8 % der Betriebe (gegen 45,9 %) mit 40,8 % der Beschäftigten (gegen 26,9 %) mit schlecht. Also eine nicht unerhebliche Verschlechterung, die in Berücksichtigung der Tatsache, daß von 47 Betrieben 242 Beschäftigte neu eingestellt, im Laufe desselben Monats aber von 77 Betrieben 622 Kollegen zur Entlassung gebracht wurden, durchaus der Gestalt des Arbeitsmarktes auf Grund unserer Arbeitslosenzählung entspricht. Die Bewertungsziffer ist mit 3,25 um 17 Punkte ungünstiger geworden. In den zur Berichterstattung zugezogenen Betrieben stellt sich die Entwicklung der Konjunktur während des zurückliegenden Jahres wie folgt dar:

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	
1930 Juli	15,8	31,5	48,1	49,1	36,1	19,4	2,88
August	14,5	20,6	40,4	53,3	45,1	26,1	3,06
September	13,9	25,4	45,2	50,9	40,9	23,7	2,98
Oktober	10,3	18,9	27,9	43,2	61,8	37,9	3,18
November	6,0	20,9	22,0	40,5	72,0	38,6	3,18
Dezember	5,9	13,0	14,1	25,3	82,0	61,7	3,49
1931 Januar	2,2	7,3	11,9	17,2	85,9	75,5	3,68
Februar	0,7	1,1	21,2	41,8	78,1	57,1	3,56
März	6,6	16,4	34,4	37,7	59,0	45,9	3,30
April	11,8	30,4	37,0	37,0	51,2	32,6	3,02
Mai	13,6	32,9	42,4	36,3	40,0	30,8	2,98
Juni	11,5	19,3	42,6	53,8	45,9	26,9	3,08
Juli	9,1	15,2	28,1	44,0	62,8	40,8	3,25

In Würdigung der außerordentlichen Notlage des Baugewerbes und besonders der baugewerblichen Arbeitnehmer hatte die Reichsregierung Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Bau- und der Baunebenberufes zu Besprechungen wegen einer Verkürzung der Arbeitszeit zusammengerufen. Es sollte die Möglichkeit

geschaffen werden, durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 8 Stunden zu je 8 in Arbeit stehenden Gehilfen eine weitere Arbeitskraft einzustellen. Man wollte der gerade im Bauberuf ganz außerordentlich großen Erwerbslosigkeit entgegenwirken. Natürlich konnte es sich nur um eine gesetzliche und obligatorische Einführung für sämtliche Betriebe handeln. Dem Versuch haben sich auch die Vertreter des Reichsbundes für das deutsche Maler- und Lackiererhandwerk entgegenstemmt. Daß die Geschäfte auch bei verkürzter Arbeitszeit bestehen können, zeigt unser Konjunkturbericht vom vorigen Monat, nach dem in 17 Betrieben mit zusammen 729 Beschäftigten verkürzt gearbeitet wird, und zwar in 1 Betrieb mit 354 Beschäftigten um 7 Stunden die Woche, in 2 Betrieben mit 106 Beschäftigten um 6 Stunden, in 1 Betrieb mit 12 Beschäftigten um 4 Stunden, in 8 Betrieben mit 206 Beschäftigten um 3 Stunden und in 5 Betrieben mit 51 Beschäftigten um 1 oder 2 Stunden die Woche. Eine Arbeitszeitverkürzung läßt sich also wohl durchführen, wenn der Wille dazu da ist. Nachdem man durch Heranzüchtung beruflichen Nachwuchses ein alle Bedürfnisse weit übersteigendes Angebot von Arbeitskräften geschaffen hat, sollte man sich auch dazu aufschwingen, der in späterer Zeit vielleicht einmal dringend gebrauchten Arbeitnehmerschaft Existenzmöglichkeiten zu geben. Manche Not könnte dadurch werden, wenn man sich an einer vernunftgemäßen Verkürzung der Arbeitszeit bereisfinden könnte.

### Bundesausschreibung des ADGB.

Am 10. August trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt am Main seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheides aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden; denn das Ergebnis des Volksentscheides zeigt klar, daß der weitläufige überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschlossenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Anwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gestimmungslosen Verhalten der Kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschafter, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der Kommunistischen Partei führt, um endlich die Befreiung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen.

Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einstimmige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate



gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett geblieben hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken hergegeben, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Fachauschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Fachauschuss wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuss beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlussfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhüten, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongress teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongress zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordert es, dem Gewerkschaftskongress dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongress eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongress geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschlüsse zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuss vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden nachdrücklich zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

### „Ein Moratorium der inneren Gegensätze?“

Man liest und hört jetzt sehr oft das Wort Moratorium. Damit ist gemeint: Stundung der Schulden, Hinanschiebung der Zahlungstermine usw. Jetzt verlangt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch ein Moratorium der inneren Gegensätze. Im „Arbeitgeber“ heißt es unter anderem: „Was wir in Deutschland bitter brauchen, ist ein Moratorium der inneren Gegensätze, getragen von der Erkenntnis des Notstandes, der uns alle angeht, und befeuert von jener Disziplin und Geduld, zu der das deutsche Volk wohl fähig ist, wenn die Führer all seiner Gruppen und Gemeinschaften ihm das Beispiel ruhiger Nerven, männlichen Selbstvertrauens und nationaler Einigkeit geben.“

Das Verlangen, ein „Moratorium der inneren Gegensätze“ auszusprechen, nimmt sich, ausgerechnet von dieser Stelle, sehr eigentümlich aus. Die Arbeitgeberverbände haben u. E. ihr redliches Teil dazu beigetragen, die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital auf die Spitze zu treiben. Sie haben den Forderungen der Gewerkschaften, jedem einzelnen aus der großen Gemeinschaft der arbeitenden Klasse ein Existenzminimum zu gewährleisten, den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Wenn der Klassenkampf scharfe Formen annahm, so waren diese Kreise nicht ungeschuldig daran. Aber hohnvoll klingt es, wenn die Scharfmacher von Rhein und Ruhr etwas Uebliches verlangen.

Die Organisationen der westdeutschen Schwerindustrie wenden sich mit einem Aufbruch an die Bevölkerung, in dem sie zur Gemeinschaftsarbeit in folgender Weise auffordern: „Nur der entschlossene, von staatssozialistischen Hemmnissen befreite Einsatz der eigenen Kraftreserven kann die Wirtschaft aus der Not der Gegenwart herausführen. Nicht ein Kampf aller gegen alle, der die aufbauwilligen Kräfte lähmt und zerstört, sondern ein Kampf aller für alle ist dringendes Gebot der Stunde. Nur wenn wir, anstatt gegeneinander zu hegen, miteinander und füreinander zusammenhalten, dürfen wir hoffen, die deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk gegen den Ansturm von draußen zu sichern.“

Wenn jemals eine Gruppe von Menschen seit Jahrzehnten gehegt und geschürt hat, dann war es die westdeutsche Schwerindustrie. Mit aller Rücksichtslosigkeit ist man von dieser Seite gegen die Arbeiterschaft und die von ihr geschaffenen Institutionen vorgegangen. Wenn diese nun dazu aufrufen, miteinander und füreinander zu stehen, so möchte man dies als einen Treppentritt der Weltgeschichte bezeichnen. Ehe man sich mit diesen Herrschaften auf ein Moratorium der inneren Gegensätze verständigt, müssen sie erst einmal lernen, in dem schwer schaffenden Arbeiter einen Menschen zu sehen. Man soll nicht Gemeinschaftsgeist verlangen, wenn einem das Wasser am Hals steht, sondern diesen Geist vorher durch Taten zum Ausdruck bringen. Dann ließe sich über derartige Dinge reden.

### Der Volkseinsatz in Preußen abgelehnt

Der vereinte Ansturm der republikfeindlichen Elemente von rechts und links ist abgeschlagen worden. Nur 37 % der Wähler in Preußen haben gegen das derzeitige Preußenparlament und die auf der Grundlage der Weimarer Koalition errichtete Regierung gestimmt. Eine Flut von Verleumdungen und Lügen ist dem seit dem Februar dieses Jahres vorausgegangen. Seltener sind Männer, die wirklich etwas geleistet haben, von ihren Gegner so beschimpft worden wie die sozialdemokratischen Minister von Preußen. Deshalb ist die Überbrückung der gesamten reaktionären Front besonders zu begrüßen. Es war ein Schauspiel für Götter neben den schwerindustriellen Scharfmachern, den Hohenzollernprinzen, dem Phrasenredner aus dem Braunen Haus und dem reichen Deutschnationalen den ehemaligen Rutscher Schälmann in Reich und Glied marschieren zu sehen. Die einen wollten den Volkseinsatz als den Anfang der Befreiung von den Sklavenketten des Marxismus sehen, während die andern als „echte“ Marxisten das Gegenteil wollten. Seltener ist eine so bunt gemischte Gesellschaft gemeinsam zu einer politischen Aktion angetreten wie die neuen Parteien zum Volkseinsatz am 9. August 1931. Eine riesenhafte Agitation ist dem vorausgegangen. Man bedachte: das deutsche Volk steht in einer Periode, wie sie verwickelter und einschneidender nicht gedacht werden kann. Da halten es gewisse Elemente für notwendig, eine hochpolitische Aktion anzukurbeln, die einem Vor-

postengefecht zum Bürgerkrieg sehr ähnlich sah. Die innere Zerrissenheit der deutschen Bevölkerung wird dadurch deutlich gekennzeichnet.

Der Sieg der preussischen Regierung war zugleich ein Sieg der Reichsregierung. Die seit einem Jahrzehnt stabile Regierungspolitik in Preußen hat erst eine einigermaßen vernünftige Reichspolitik möglich gemacht. Die Regierung Brüning läge vielleicht als Minderheitskabinett schon längst auf dem Reichstagsboden der Geschichte, wenn die starke und konsequente Preußenregierung nicht wäre. Was die Preußenregierung geleistet hat, gehört zu den Großtaten der republikanischen Politik. Sie haben aus den Regierungsstuben Preußens fuhrerliche Schutt abfahren lassen, der sich dort teilweise seit Jahrhunderten angesammelt hatte. Beseitigt doch jetzt noch Gesetze, die auf das ehrwürdige Alter von 200 Jahren zurückblicken. Die so reformierte Preußenverwaltung war ein Hort der Republik und der Demokratie. Das arbeitende Volk Deutschlands wünscht, daß auf diesem Wege jetzt noch energisch vorwärts geschritten wird. Den Feinden des republikanischen Staates muß dieser Sieg am 9. August wie ein panischer Schreck in die Glieder fahren. Mit Recht hat der Kollege Leipart in der Bundesausschussung des ADGB erklärt: „Die Gewerkschaften“ müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen Preußens wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen Staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Anwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.“

Am 9. August hat die Kommunistische Partei ihr Damaskus erlebt. Niemals war eine Niederlage verbieter als diese. Die gewissenlosen Elemente, die zum Anglied zur Leitung einer Massenbewegung berufen wurden, sind von den Massen im Stich gelassen worden. Ein großer Teil der kommunistischen Anhänger dürfte der wahnsinnigen Parole zum Volkseinsatz gegen das republikanische Preußen nicht gefolgt sein. Die kommunistischen Parteimitglieder sind allerhand gewohnt, daß vielen von ihnen ist eine solche Sanktion doch über die Hut-schnur gegangen. Es ist Aufgabe eines jeden denkenden Arbeiters, die Niederlage der Kommunistischen Partei vollständig zu machen. Diese gewissenlosen Elemente dürfen innerhalb der Arbeiterschaft nicht jene Rolle mehr spielen, die sie gespielt haben.

Eine Niederlage hat auch jener Teil des Unternehmertums erlitten, der die reaktionäre Politik von rechts, namentlich die Nationalsozialisten, mit Geldmitteln unterstützt hat. Viele haben bereits die Morgenröte einer neuen Zeit. Teile des Unternehmertums glaubten, daß nach der Eroberung Preußens durch Nazis und Kozis auch andere Positionen der Arbeiterschaft und namentlich der gewerkschaftliche Einfluss, befreit werden könnte. Für diese Pläne ist die Letztzeit sehr dampfend gewesen. Das Arbeitervolk vermag seine Grundrechte zu verteidigen. Aber man muß nicht glauben, daß dies für alle Zeit so sein wird. Gegenüber ist keine Heringswade, die man einpöfeln kann. In der „Vossischen Zeitung“ vom 11. August lesen wir folgende Sätze:

„Lord d'Albernon, der englische Botschafter, hat nach dem Rathenaumord den stummen Aufmarsch der Hunderttausende beobachtet und mit stärkerer Intuition, als er mitunter bei der Würdigung von Personen bekundet, die Worte geprägt: den deutschen Arbeitsmann mache uns keine andere Nation nach. Dieser graue Soldat des Alltags hat auch in den Tagen, als die Bankhalter geschlossen wurden, die Besonnenheit nicht verloren. Seine Disziplin hat den Ball geschaffen, an dem die gefährlichste Brandung sich brach.“

Der graue Soldat des Alltags verlangt, daß auch seine Wünsche und vor allem seine Existenz mehr als bisher geschützt wird. Der Privatkapitalismus hat in Deutschland abgewirtschaftet. Eine

### Gustave Courbet

#### Der Revolutionär unter den Malern.

Hier sind wir im französischen Jura. Ralf und Kreide und Nebel. Oben liegt die Schweiz, mit Neuchâtel. Im Norden breitet sich der elssässische Sundgau, mit der Stadt Mülhausen. Und westlich liegt die Feste Besançon, überragt von seiner hohen Zitadelle. Hörst du hier im Jura das Flüßchen rauschen, die Loue? Ja, sie schäumt wie der entforste Schaumwein. Und an der Loue liegt das Städtchen Ornans. Ein Landstädtchen, mit dreierlei Lebenswürdigkeiten: dem alten Rathaus und seinem tiefen Weinkeller, den Wassermühlen und dem Schmied Courbet. Was, ein Schmied — und eine Lebenswürdigkeit? Ei, gewiß doch, ein Kunstschmied, kann nur herein in die Werkstatt — herrlich, diese seine Kleinfertigkeit, diese Rosen und Fische und Nuppen aus Schmiedeeisen, wo ist denn der Meister Schmied? Oben, im ersten Stock, da feiert er die Geburt seines Sohnes Gustave. Wie wie hinauf — wir feiern mit, bei den roten Wein, Schmied, dein Sohn soll glücklich sein und er soll lange leben: der Gustave Courbet. Wir schreiben das Jahr 1819. Im Garten blühen rote und weiße Rosen. Spät und früh flüht im Pappelbaum die Nachtigall. Sommer!

Das Jahr ist hin, ein neues Jahr beginnt, ein Jahr hast du hinter dem andern her, die Alten sterben ab, die Jungen wachsen auf — der Schmiedsohn Gustave Courbet ist nun schon ein Jahr alt. Und vom Vater hat er den Orans zur Kunst geerbt, der Junge zeichnet und malt — daß in ganz Ornans nicht seinersgleichen ist, ein elfjähriger kleiner Künstler. Und vom Vater Schmied hat das junge Malergenie den Erbes auf der Stirne. Vater Courbet hat in Paris beim Antikensammler, er schlug mit den Conservatoren die preussischen Künsterbeere bei Balm. Im Jahre 1827 war Vater Courbet in Balm dabei. Die Jungen wüchsen aus — vor den Revolutions-

armeen. Goethe sagte später: In Balm begann eine neue Zeitgeschichte! Und aus dieser neuen Zeitgeschichte wächst auch ein eigenes künstlerisches Wollen — Schmied Courbet, dein Sohn wird was, schon mit elf Jahren ist er eine Persönlichkeit, ein Eigener, ein Eroberer, ein Rebell, ein Neugefallter.

Immer wechseln die Jahre, immer fließen die Ströme, Ornans an der Loue, die Loue geht zur Doubs, Fluß Doubs mündet in die Saône, und die Saône verschwindet sich in Lyon mit der Rhone, die Rhone sieht Marseille und das Mittelmeer, Ornans im Jura atmet mit dem Mittelmeer, durch das Stromgebiet der Rhone. Und blau wie das Mittelmeer ist die Phantasie des zwanzigjährigen jungen Malers Gustave Courbet, der Sohn des Schmiedes in Ornans. Er malt hell wie die Luft. Ohne Führung ist dieser junge Maler aufgewachsen, nur die Natur war sein Lehrmeister, in der Farbe — und im Geiste war sein Lehrmeister der Denker Jean Jacques Rousseau. Menschen, zurück zur Natur! Seid rein und einfach! Seid treu und wahr! Gestaltet euch das Leben neu!

Der junge Maler Courbet gewinnt in der Bezirksstadt Besançon einen Freund, der heißt Proudhon, ein Schriftsteller ist er, Buchdrucker — und Bücherschreiber. Ist er, dieser Proudhon, ein Idealist, ein Sozialist, ein Gemeinschaftsmensch. Eine Frucht der großen französischen Revolution. Rousseau, Proudhon — die beiden geistigen Lehrmeister des jungen Malers Gustave Courbet.

Wir schreiben schon das Jahr 1840. Und wir sind in Paris. Wir besuchen eine politische Versammlung, Proudhon redet, die Pariser jubeln ihm begeistert zu, und neben Proudhon sitzt ein rassistischer Kopf, scharf geschnitten, schwarz wie Wetterdrohung, jung und stark wie ein griechischer Gott — der Maler Gustave Courbet. Er ist nicht nur Künstler, er ist auch Kämpfer, Politiker, Rebell: Paris 1840.

Courbet malt und denkt und redet, Volkssprache redet er, aus dem Herzen des Proletariats, er hämmert: mit dem Schlägel seines Vaters, dem Schmied von Ornans. Und die Bilder des Gustave Courbet? Zurückgewiesen — auf den Pariser Kunstausstellungen. Verlacht von den Akademikern. Aber seit 1842 hat der Name Courbet unter den Kunstverständigen schon einen besonderen Klang: diese lichtvollen Gestalten da in der Freiluftlandschaft, die versprechen etwas ganz Großes — gewiß sind diese Bilder noch mehr Versuche als Vollendung, aber ein eigener Mensch, ein Maler mit ganz neuem Bild spricht aus den Bildern des jungen Gustave Courbet. Paris 1842.

Paris 1855. Paris 1867. Der Courbet ist ein Mann. Der Courbet bekommt im schwarzen langen Bart schon die ersten silbernen Fäden. Weltausstellungen in Paris. 1855. 1867. Europa und Amerika sind in Paris zu Gast — Industrie, Agritur, Wissenschaft, Kunst alles zeigt sich auf den Weltausstellungen den hunderttausenden Besuchern. Kunst: Plastiken, Bilder, Graphik. Wo sind denn die Bilder unseres Freundes Gustave Courbet? Nicht in den offiziellen Kunstsalen. Aber dennoch hat er ausgestellt, der Malerrevolutionär, in eigenen Baracken, in einem Stalle zeigt er seine Bilder. Paris. Weltausstellungen 1855 und 1867. Die Offiziellen lehnen den Courbet ab, die Akademie verdammt ihn, das leichte Nachschwärmertum verachtet ihn — und dennoch hat der Courbet Erfolg, einen ungeheuren Erfolg, sein Bildertal wird von den Besuchern fast gestürmt — und er verkauft: nach London und Hamburg und Dresden und New York und Chicago. Gustave Courbet: wir gratulieren zu deinem Erfolg! Wir sind deine Kameraden, in Kunst und Geist. Freilichtmalerei. Realist. Courbet war der Begründer der impressionistischen Kunst. Ganz Europa ging später bei ihm in die Schule. Seine Bilder, von den Akademikern verspottet und geächtet — sie hängen heute im Louvre-Museum zu Paris, farbige Schmuckstücke der Galerie.



neue Wirtschaftsordnung muß an dessen Stelle treten. Deshalb muß aus dem verunglückten Volksscheid in Preußen die Konsequenz gezogen werden. Diese liegt in folgendem: **Energisches Durchgreifen gegen die staatsfeindlichen Elemente; Sicherung des Einflusses des arbeitenden Volkes in Staat und Wirtschaft; weitgehender Schutz den Opfern der Wirtschaftskrise und eine staatlich beeinflusste Wirtschaftspolitik, die Arbeit und Brot zu schaffen in der Lage ist.** Wenn der graue Soldat des Alltags sieht, daß in diesen Punkten ein Fortschritt sich bemerkbar macht, dann ist er auch weiter ein eifriger Verteidiger der demokratischen Republik.

**Die Staatkontrolle der Banken**

Die Vorfälle bei maßgebenden Großbanken in Deutschland und Oesterreich haben den Blick ganz allgemein auf die Institute des Finanzkapitals gerichtet. Der Staat mußte in diesen beiden Ländern mit namhaften Summen eingreifen und die in Schwierigkeiten geratenen Institute durch Subventionen stützen. In andern Ländern ist dies bereits ebenfalls geschehen. Wir erinnern an die Verstaatlichung der Bank of United States in Newyork, die Ende 1930 in Schwierigkeiten geraten war. Wenn die Allgemeinheit berufen sein soll, im Falle einer Pleite einzuspringen, dann muß es auch dem Staate möglich sein, einen Einfluß auf die betreffenden Institute der Wirtschaft auszuüben. Dies scheint die deutsche Regierung eingesehen zu haben. Erklärte doch der Reichskanzler Dr. Brüning in der Rundfunkrede, die er vor der Romreise hielt, unter anderem folgendes: „Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.“ Man muß in diesen Worten ein Versprechen erblicken und dringend darauf sehen, daß dieses Versprechen erfüllt wird. Hervorzuheben aus diesem Zitat aus der Rede Brünnings sind die Worte: „auf dringendes Ersuchen der Beteiligten.“ Dies ist nämlich die rechts eingestellte großkapitalistische Presse, so muß es scheinen, als hätte sich der Staat ohne zwingenden Grund in das System der Banken eingeschaltet. Wie dem auch sei, heute ist die öffentliche Hand in weitestgehendem Maße gezwungen, die privaten Geldinstitute zu stützen. Ueber die Art des Staatseingriffes in Deutschland einige Worte:

Die deutsche Reichsregierung hat bei dem Fall der Darmstädter und Nationalbank den Einlegern das Versprechen gegeben, die Einlagen zu schützen. Welche Verluste sich daraus ergeben, steht im Augenblick noch nicht fest. Es zeugt von der Vorfälligkeit einer großen Reihe Privatkapitalisten, daß sie Steuern und sonstige Leistungen an die Reichskasse mittels Danatschecks beglichen haben. Teilweise hat man sich sogar Danatschecks besorgt, um sie der Reichskasse zuzuleiten. Eine Bank wie die Danatbank konnte naturgemäß nicht ohne weiteres von der Wirklichkeit verschwinden. Deshalb wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, man möge alles tun, um die Danatbank zu erhalten. Möglich hatten die Großkonzerne, an der Spitze die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, den Wunsch, aus der Danatbank eine Industriebank zu machen. Das Reich hat sich bereit erklärt, der Industrie fünf Jahre hindurch ein Aktienpaket in Höhe von 35 Millionen Mark zu 125 % eingezahlt zu bevorzugen. Die Großindustrie bekommt mithin die Verfügungsgewalt über eine Großbank, ohne dafür in den ersten Jahren einen Pfennig zahlen zu müssen. Die Hilfeleistung des Reichs bei der Dresdner Bank hat sich in einem noch viel stärkeren Maße bemerkbar gemacht. Als dieses Bankinstitut zu stürzen drohte, griff das Reich sofort ein mit dem Versprechen, 300 Millionen Vorzugsaktien zu übernehmen. Durch das Einschließen eines solchen Riesenschatzes erhält das Reich die Aktienmehrheit der Dresdner Bank. Von vier Großbanken, die gegenwärtig in Deutschland noch bestehen, werden zwei

im Augenblick von der öffentlichen Hand beherrscht. Die Schröderbank in Bremen ist ebenfalls wieder neu errichtet worden unter dem Namen Norddeutsche Vereinsbank AG. Auch dort ist die Mehrheit des Aktienkapitals des neuen Instituts von dem Staat Bremen und dem Reich übernommen. In Sachsen erfolgte eine Fusion zwischen der Sächsischen Staatsbank und der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, ebenfalls unter maßgebendem Einfluß des sächsischen Staats. Wenn man berücksichtigt, daß das Reich in der Reichskreditgesellschaft, der Staat Preußen in der Preussischen Staatsbank usw., mithin die öffentliche Hand im Bankwesen bereits starke Positionen besetzt hielt, so muß man feststellen, daß bereits ein großer Teil des Bankgeschäftes von Instituten erledigt wird, die sich unter dem Einfluß der öffentlichen Hand befinden.

Aus dieser Tatsache müssen die Konsequenzen gezogen werden. Deshalb ist auch das Verlangen allgemein, die Geschäfte der großen Kreditbanken einer Kontrolle zu unterziehen. Die Regierung kann sich diesem Verlangen nicht entziehen. Nun wird die Frage akut, wie sich diese Bankkontrolle vollziehen soll. Dabei ist es wichtig, daß in einigen Ländern bereits eine Aufsicht der Banken durch den Staat verwirklicht ist. In den Befehren einzelner Staaten sind Möglichkeiten vorhanden, daß jederzeit ein Eingriff des Staates erfolgen kann. In Schweden und Dänemark ist die staatliche Bankkontrolle verwirklicht. Der Artikel 156 der Reichsverfassung gibt der Reichsregierung durchaus die verfassungsrechtliche Möglichkeit, in die Privatrechte der Banken einzugreifen. In der Nummer 32 der „Gewerkschafts-Zeitung“ sind Leitsätze zu einem Gesetz über die Errichtung eines Bankamtes abgedruckt, die von den Genossen Fritz Naphthali und Franz Neumann entworfen wurden. Diese Leitsätze sollen nachstehend inhaltsgemäß wiedergegeben werden:

- 1. **Ausübung des Bankgewerbes.** Zur Ausübung des Bankgewerbes wird das Konzessionsystem eingeführt. Als Rechtsformen der Banken gelten die Aktiengesellschaft, die Kommanditgesellschaft auf Aktien oder die eingetragene Genossenschaft. Das Mindestkapital einer Bank soll 500 000 M betragen. Das Eigenkapital jeder Bank muß mindestens ein Zehntel der Verpflichtungen derselben erreichen.
- 2. **Die Organisation des Bankamtes.** Das Bankamt wird beim Reichswirtschaftsministerium errichtet. Es besteht aus einem Präsidenten, der notwendigen Zahl Beamten und Wirtschaftsprüfer. Der Beirat besteht aus 20 Mitgliedern und 20 Stellvertretern, die vom Reichsrat, vom Städtetag, vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen beziehungsweise von der Reichsregierung ernannt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen.
- 3. **Aufgaben des Bankamtes.** Jede Bank hat dem Bankamt Monatsbilanzen zu erstatten, wozu bindende Richtlinien zu erlassen sind. Jede über 500 000 M hinausgehende Kreditgewährung ist dem Bankamt zu melden. Das Bankamt ist befugt, von jeder Bank die Aufgliederung der Außenstände zu verlangen. Das Amt ist ferner befugt, eine Bank darauf hinzuweisen, daß ein bei ihr verschuldetes Unternehmen auch bei andern Banken verschuldet ist. Das Bankamt kann einheitliche Anlagevorschriften unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Anlagen erlassen. Bei eigener Kapitalerhöhung und bei Emissionen aller Art ist von der betroffenen Bank die Einwilligung des Bankamtes einzuholen. Die Durchführung der Richtlinien des Bankamtes wird durch periodische Revisionen von Wirtschaftsprüfern überwacht. Für Banken, deren Verpflichtungen 50 Millionen Mark übersteigen, hat das Bankamt einen oder mehrere ständige Bankkommissare zu ernennen. Es folgen dann die Bestimmungen, die gegen die Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtungen der Banken angewendet werden. Bezüglich der Reichsbank soll die Befestigung der Autonomie derselben unverzüglich angestrengt werden. Diese Leitsätze zu einem Gesetz über die Errichtung eines Bankamtes sind so gehalten, daß die Regierung dazu ohne weiteres ihre Zustimmung erteilen könnte.

Naturgemäß machen sich sofort Widerstände der Privatwirtschaft bemerkbar. Diese hatte keine Bedenken, als die Reichsregierung mit den Mitteln der Allgemeinheit für die Unterlassungssünden von Privatpersonen einstehen mußte. Jetzt, nachdem die Konsequenzen aus diesen Vorfällen gezogen werden sollten, kommen die bekannten Wenn und Aber. Die Regierung, die dem Volke durch die Notverordnungen so große Opfer auferlegte, muß nach unserer Meinung hier rücksichtslos vorgehen. Es liegt durchaus kein Grund vor, hier irgendwelche Rücksichten zu nehmen. Wenn die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt: „Es ist eine Ironie der Finanzgeschichte, daß aus dem größten Krach Deutschlands eine Banken-Aufsichtsbehörde entstehen soll“, so möchten wir es als eine Ironie bezeichnen, daß ein solcher Satz überhaupt niedergeschrieben wurde.

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie wurde verlästert, als sie auf dem letzten Gewerkschaftskongress zum Programmpunkt der Gewerkschaften erhoben wurde. Jetzt sehen auch bürgerliche Wirtschaftspolitiker ein, daß es ohne eine Wirtschaftsdemokratie einfach nicht mehr geht. Die Staatkontrolle über die Banken ist ein Teil der Wirtschaftsdemokratie. Vermag erst der Staat die Kapitalleitung in die einzelnen Kanäle der Wirtschaft zu überwaschen, dann werden jene Fehlleitungen, die in den Jahren von 1924 bis 1930 erfolgten, für die Zukunft unmöglich sein. Eine Planwirtschaft ist im Werden und damit die Möglichkeit gegeben, daß unter Berücksichtigung der Interessen der breiten Massen die gesunde Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft erfolgt.

**Ein modernes Mittel der Arbeiterbildung**

Trotz des umfangreichen Bildungswesens, das sich die Gewerkschaften unter mühevoller Arbeit und unter vielen Opfern aufgebaut haben, trotz der ergänzenden Arbeiterbildungsarbeit des Staates und der Gemeinden, der Volkshochschulen und Akademischen Kurse müssen sich viele strebsame Kollegen eine Beteiligung aus den verschiedensten Gründen verlagern; teils weil die persönlichen Verhältnisse, etwa wegen wechselnder Schichtzeiten, einen regelmäßigen Besuch unmöglich machen, teils weil die örtliche Entfernung eine ständige Teilnahme erschwert oder wohl auch hindert.

Da will der Fernunterricht, wie ihn die Staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf seit Jahren eingerichtet hat, einen Ausgleich schaffen. Bei diesem dezentralisierten System der Bildungsarbeit erhalten die Teilnehmer Anweisung zu einem systematischen Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften und der Staatsbürgerkunde. Ausgehend vom Erfabrungsreife der Teilnehmer, werden zunächst Fragen des Betriebes bearbeitet, an die sich im weiteren Verlaufe wirtschaftsgeographische Themen über das Wirtschaftsgebiet, in dem der Teilnehmer wohnt, anschließen, ferner Arbeiten zur selbständigen Erarbeitung wirtschaftswissenschaftlicher Grundbegriffe und die Bearbeitung von wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen. Die nötige Literatur, die bei der Abfassung der Arbeiten zu benutzen ist, wird bei jedem einzelnen Thema angegeben. Die Teilnehmergebühr ist gering.

Durch diesen Fernunterricht sollen wertvolle Kräfte erfasst werden, die sonst in ihrer geistigen Entwicklung verkümmern oder gar völlig verlorengehen würden. Neben diesem Zweck, dem Fernschüler ein wissenschaftliches Einarbeiten in bedeutungsvolle Wirtschaftsfragen zu gestatten und seine erworbenen Kenntnisse unter ständiger Kontrolle eines geschulten Dezenten zu erweitern, verfolgt der Fernunterricht das weitere Ziel, geeignete Persönlichkeiten, die sich tätig am gewerkschaftlichen Leben beteiligen und die sich im wirtschaftlichen und sozialen Leben bewährt haben, auf den Besuch der Staatlichen Wirtschaftsschule vorzubereiten.

Alles Nähere ist aus den Richtlinien zu ersehen, die das Sekretariat der Schule, Düsseldorf, Achenbachstraße 51, auf Wunsch gerne an Interessenten versendet. Wir können unsern strebsamen Kollegen die Teilnahme an diesem Fernunterricht nur bestens empfehlen.

Brillanten an Klarheit und Farbe. Einst verlacht — heute geschätzt! Gustave Courbet, der Revolueur in Kunst und Geist. — Ein junger Schriftsteller gestaltet in seinem Malerbuche „Das Werk“ — Szenen aus dem Leben des Freundes Courbet —, und dieser junge Schriftsteller, der heißt Emile Zola. Courbet, Proudhon, Zola: drei Sterne über der Nacht — drei weiße Segel auf grüner See. Fliege, du Röhne!

München. Ann. 1869. Kunstausstellung im Glaspalast. Was stauen sich denn da die Besucher? Was? Was? Da hängen ja die Bilder des Pariser Lichtmalers, Courbet in München, 1869: größter Erfolg! Hans Thoma und Wilhelm Leibl werden Courbets Schüler. Und er ist ein geselliger Kerl, der Courbet, er schwingt den Maßkrug im lauten Freundeskreis. Wer sind die Freunde in München? Arbeiter, Proleten, Sozialisten — der Courbet ist treu, bei der Idee der Menschenverbrüderung, er wurzelt im Humusboden des Proletariats, Vater Courbet — noch sprühen unter deinem Hammer Schlag die Funken vom Amboss, in unserm Erinnern, in der Kunst des Sohnes. Gustave Courbet, der Maler der Tiefe und Höhe.

Die Farbenpracht des bunten vielseitigen Lebens kann er in Harmonie aufs Bild. Da glühen Sonnen über dunklen Wäldern. Der Hirsch mit Silbergeweih umarmt Gewölbe der Buchendome. Badennde Mädchen an der blutroten Seine. Ein düsteres Begräbnis. Felsproffen. Lichtblaue Seestüde. Bildnisse wie wirkliches Leben. Tiere in Sanftmut. Und die freudige Stunde der inneren Beschaulichkeit: das Stilleben der Blumen, Rubin im Weinglas, Zitronen als Smaragde, Pfirsiche als Opale — ja maufe, du Mädchenmund. Der Genius des Courbet küßt die Schönheit der Welt.

Paris. Krieg. 1870/71. Blut und Schreden. Napoleons Verrat. Aber das Volk steht auf — gegen Fürst, General und Geldsack. Paris 1871. Die Kommune. Rote Fahnen über dem Trommellang, das Arbeiter-Paris

markiert, hin zum Stadthaus, an der Spitze der Revolve marschiert der Maler mit, der Freilichtgeist, der treue — der Courbet! Kommune 1871. Nun heißt es, das Volk gestalten — nun heißt es, Courbet, schaffe deine größere Kunst, kein höherer Stoff, als die Seele der Menschen. Kommunarden, Paris, Revolte! Gegen Krieg — für Völkerrfrieden. 1871. Courbet.

Ein Anlauf — ein Absturz. Paris ertrinkt in Blut. Das Ziel war hoch: Sozialismus — die Beine waren kurz, die Kommune wird erschossen. Paris 1871. Aber am blutigen Pariser Straßenspflaster liegt die Herrensäule geborsten: zertrümmert, die Bendömesäule, Symbol des Imperialismus. Die Kommune hat die Symbole der Bourgeoisie gestürzt. Die hat sich im Blute von 20 000 gemordeten Proleten gerächt. Ein teurer Sturz. Aber er ist nicht vergessen! Kommunarden von Paris, 1871, im Jahre 2000 habt ihr im Sozialen-Völker-Europa euer ehrendes Denkmal. Ihr wart die Vorläufer, die Verkünder, die Märtyrer.

Paris. 1875. Gericht. Prozeß. Angeklagt ist der Maler Courbet, er ist mitverantwortlich für den Sturz der Bendömesäule. Urteil: sechs Monate Gefängnis, 350 000 Goldfrank Strafe. Courbet Gustave — was nun? Er nimmt Flügel, die Flügel der Schwalben. Courbet ist in der Schweiz. Am perlmutternen Genfer See, ein Spiegel: der See, der Montblanc spiegelt seinen Lilienkranz im Lac Léman. — Vevey am See, die Stadt der Uhren und Schokolade und des Tabaks. Das Jahr 1877. Warum stehen heute in den Fabriken von Vevey alle Räder still? Dem Freunde zu Ehren, dem Toten zu Ehren, zu Ehren des Sozialisten Gustave Courbet — vor drei Tagen starb er, zu Cour-de-Neuil bei Vevey. Das Proletariat trauert um den toten Kameraden, um den Künstler und Kämpfer Gustave Courbet. Gestorben 1877, bei Vevey am Genfer See. Es regnet — aber hinter den Wolken blüht die Sonne! Mag Dortu.

**Ich glaube, wir . . .**

Ich glaube, wir haben die letzten zehn Jahr' ein klein wenig zuviel gestritten; und durch den Streit haben wir zwar auch ein klein wenig zuviel gelitten. Man traut dem Michel, dem gebud'igen Wicht, ein klein wenig zuviel zu vom Guten. Was sagst du da? Das glaubst du nicht? Wir würden noch viel mehr bluten?

Ich glaube, wir haben die Zeiten verkannt, oder verkannt uns manche Leute, denen wir bittend sind nachgerannt bis glücklich im Ausland die Beute? Wir glaubten an Recht, Justiz und Gericht, „Im Namen des Volkes“ beiseiden. Was sagst du da? Das glaubst du nicht? Wir würden noch viel mehr leiden?

Ich glaube, wir haben das Wollen verlernt, oder wollen wir wirklich zerbrechen? Ich glaube, wir haben uns weiter entfernt von gemeinsamen, zielklaren Wegen. Wir möchten wohl gern — aus dem Dunkel zum Licht, doch glaub' mir, gar schwer ist das Fliegen! Was sagst du da? Das glaubst du nicht? — — — Wir könnten und müßten siegen!

Ich glaube, wir müßten die nächsten zehn Jahr' ein klein wenig weniger streiten. Ich glaube dann weiter, wir müßten sogar mal ein klein wenig rascher ausbrechen. Des Michels Sorgenfaltengeweicht deutet hin auf Explosionen! Was sagst du da? Das glaubst du nicht? — — — Wir glauben an Revolutionen! Arkade



# Aus unterm Verbando leben

## Vorsicht bei Abbruch von Verträgen

Dass unsere Kollegen keine Abmachungen mit den Meistern treffen sollten, ohne vorher die Zustimmung ihres Verbandes einzuholen oder sich dessen Mitwirkung zu sichern, dafür mag folgender Fall als Lehre dienen:

Die Maler- und Anstreicherarbeiten im Neubau der Ford A. B. in Köln wurden durch eine Arbeitsgemeinschaft von 4 Meistern ausgeführt. Am möglichst viel aus der Arbeitskraft der Gehilfen herauszuwirtschaften, brängte die Arbeitsgemeinschaft, als deren spiritus rector der Malermeister Ritter fungierte, die Gehilfen zum Abschluss eines Akkordvertrages, der auch am 18. April 1931 zustande kam. Dieser besagt in seinem Hauptteil, daß „der Tariflohn plus 10 % Zuschlag wöchentlich als Akkordzahlung den Gehilfen garantiert ist“. Zu dieser Zeit wurde bereits mit einer Lohnsenkung gerechnet, die vom 1. Mai an eintreten werde. Die Gehilfen wollten nunmehr Klarheit darüber haben, ob auch für sie eine Senkung des Lohnes eintritt. Dieses wurde verneint und die mündliche Zusicherung gegeben, daß der alte Lohn bis zur Fertigstellung der Arbeiten bestehen bleibt. Am ersten Lohnzahlungstag nach der Lohnsenkung wurde jedoch nicht der alte, sondern der im Schiedspruch vorgesehene neue Lohn berechnet. Es wurde nunmehr durch unsern Verband Klage am Arbeitsgericht in Köln erhoben, mit dem Ziele, die alten Löhne für die Kollegen sicherzustellen. Nach 5 Verhandlungsterminen, die teilweise schwierig und dramatisch verliefen, und nach Vernehmung vieler Zeugen wurde die Klage abgewiesen. Aus den Entscheidungsgründen soll das Wesentlichste herausgenommen werden. Das Gericht stellte fest, daß in den schriftlichen Bedingungen nicht der Lohn von 1,35 M genannt ist, sondern nur „vom Tariflohn“ gesprochen wird, und kam dann zu folgendem Schluß:

Wenn man zur Auslegung der Arbeitsbedingungen lediglich die vorliegende schriftliche Beurkundung heranzieht, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß bei Akkordzahlungen die jeweils geltenden tariflichen Löhne zugrunde gelegt werden sollen. In dem ersten Teil der Bedingungen, also den Bedingungen ohne den nachträglichen Zusatz, ist bei der Festlegung der Akkordzahlungen nur von den Löhnen die Rede, die in voller Höhe ausgezahlt werden sollten. Darunter kann in Ermangelung einer besonderen Bestimmung, was denn unter Löhnen zu verstehen ist, nur der nach dem jeweiligen Tarifvertrag geltende Lohn gemeint sein.

Als recht eigentümlich muß allerdings die Auffassung des Gerichts anmuten, wenn es die Aussage des Zeugen, Vorarbeiters Kadella, als glaubwürdig bezeichnet, trotzdem dieser in wirtschaftlicher Abhängigkeit von dem Beklagten steht. Die Aussagen der übrigen Zeugen werden nicht erwähnt. Kadella, Mitglied des schriftlichen Akkordvertrages, will seinen Leuten gesagt haben, daß vom 1. Mai an der neue Lohn maßgebend sei, während die andern Vorarbeiter das Gegenteil bekundeten.

Der Ausgang dieses Streites bedeutet für die Meister ein gutes Geschäft. Für rund 120 Gehilfen 4 Wochen eine Lohndifferenz von 18 J pro Stunde, ergibt die runde Summe von 3800 M. Diesen Betrag konnten die Gehilfen mehr haben, wenn nicht so übereilt und bedenkenlos gehandelt worden wäre, und wenn sie die Abmachungen der Meister nicht ohne Zustimmung des Verbandes hingenommen hätten.

Darüber hinaus hatte aber der Akkordvertrag noch besondere Bedeutung für unsere Lohnbewegung. Hätte dieser Vertrag nicht vorgelegen, wäre es möglich gewesen, uns gegen den Akkordlohnabbau, der uns aufgezwungen wurde, wehren zu können. Die Meister haben damit ein doppeltes Geschäft gemacht, und das soll für unsere Kollegen eine Warnung sein, indem für die Zukunft anders gehandelt werden muß. Schon jetzt müssen wir die Lehre daraus ziehen, stärkt den Verband! Denn es kommt auch wieder andere Zeiten, und dann werden wir mit gleicher Münze zurückzahlen. Daher mit Mut und Vertrauen an die Stärkung unseres Verbandes.

## Gangajol

In „Der Maler“ Nr. 15 Jahrgang 1929 wurde berichtet, daß Hauterkrankungen durch Serpenterfasz von der Rechtsprechung noch nicht als entschuldigungspllichtige Berufskrankheit anerkannt worden sind. Daß im Gangajol Benzol und seine Homologen enthalten sind, die Verursachung der Nr. 6 der Berufskrankheiten in der Verordnung vom 11. Februar 1929 also erfüllt ist, kann heute von den Berufsgenossenschaften und ihren Gutachtern nicht mehr bestritten werden. Die Berufsgenossenschaften stützen aber ihren ablehnenden Standpunkt, Hauterkrankungen zu entschuldigen, nach wie vor auf die Richtlinien des Reichsversicherungsamtes, die den Begriff „Erkrankungen durch Benzol und seine Homologen“ wie folgt erläutern:

Doppele subchronische Benzolvergiftung unter dem klinischen Bild der Hautleidenkrankheit und Leukopomie, klinisch charakterisiert durch

- a) Detecbiale Blutungen und Exziationen, Neigung zu Blutungen aus den Schleimhäuten (Nase, Zahnfleisch) und Blutungen in die inneren Organe, bei Frauen auch atypische Gebärmutterblutungen;
- b) Leukopomie (Veränderung der weißen Blutkörperchen.)

Weil in diesen Richtlinien die Hauterkrankungen nicht mit aufgeführt sind, glauben die Berufsgenossenschaften, daß sie Hauterkrankungen, hervorgerufen durch Benzolhomologen, nicht zu entschuldigen brauchen. Die Verordnung jedoch will nach ihrem Wortlaut „alle Erkrankungen durch Benzol und seine Homologen“ entschuldigen wissen. Es hat den Anschein, als könnten die Berufsgenossenschaften bei diesem Punkt ihren Standpunkt nicht länger aufrechterhalten. Wir haben die Berufsgenossenschaften von der rechtlichen Seite her in die Enge getrieben und so einen Erfolg erzielt. Da aber die Berufsgenossenschaften Hauterkrankungen nicht entschuldigen wollen, so stützen sie ihre Ablehnung noch auf zwei weitere Einwände, nämlich erstens darauf, daß die Menge Benzolhomologe, die im Gangajol enthalten ist, so gering sei, daß sie kein Hauterkrankung hervorrufen könne. Zweitens wird behauptet,

## Bessentied

Ruft mal die Weißbinder  
Zu uns ins Dorf:  
Die Sorge, das Graue,  
's muß alles fort!

Glückauf, Gesellen,  
Und herzlich willkommen —  
Und sie haben schon Pinsel  
und Eimer genommen.

Auf hohen Gerüsten siehst du sie schwanzen,  
Sie malen die buntesten Farbgedanken.  
Das Dorf bekommt ein neues Kleid,  
Fort das Graue, fort das Leid!

Die Kinder stehen mit offenem Munde —  
Der Pinsel zieht seine goldene Runde:  
Eine goldene Sonne, auf Rathauswand,  
Das Dorf wird schön von Weißbinders Hand.

Der kleinste Bauer steht nicht zurück,  
Auch er will sein Häuschen in strahlenden Farben.  
Den Bauern blüht die Freude im Blick,  
Am Felde reihen sich schwer die Garben.

Das Dorf wird bunt.  
Nun den Erntekranz,  
Und ladet die Weißbinder  
Freundlich zum Tanz!

Die Fiedel jauchzt.  
Die Mädchen alähn.  
Still über dem allen  
Die Sterne ziehn.

Mag Dortu.

daß im Gangajol außer Benzolhomologe auch noch andere Stoffe enthalten sind, die vielleicht noch eher, als Benzolhomologe, Hauterkrankungen verursachen könnten. Dabei werden die Berufsgenossenschaften von dem Reichsversicherungsamt unterstützt.

Diese beiden Einwände sind in keiner Weise stichhaltig und müssen von uns entschieden zurückgewiesen werden. In einem bestimmten Falle ist vom städtischen Untersuchungsamt Mannheim festgestellt worden, daß das Benzolhomologe im Gangajol 13 % ausmacht, und von einem erst zu nehmenden Sachverständigen ist nachgewiesen worden, daß ein solcher Prozentsatz ganz bestimmt genügen würde, bei benzolempfindlichen Menschen ein chronisches Ekzem, wie es in dem fraglichen Falle bestanden hat, hervorzurufen. Es sei bekannt, daß noch viel geringere Prozentmengen bei Ueberempfindlichen Ekzeme verursachen können.

Was den zweiten Einwand betrifft, so muß man staunen, wie Sachverständige den Mut haben, mit so einer Ansicht herauszutreten. Man hat keine Kenntnis von den andern Bestandteilen des Gangajol, noch weniger weiß man von deren Eigenschaften. Man hat für diese seine Theorie überhaupt keinen Boden unter den Füßen und dennoch wagt man, damit der Tatsache entgegenzutreten, daß 13 % Benzolhomologe in bestimmten Fällen Hauterkrankungen hervorgerufen hat. Die Absicht, den Berufsgenossenschaften gefällig zu sein, kommt bei dem betreffenden Sachverständigen stark zum Vorschein. Die Herrschaften sollen, bevor sie etwas behaupten, das Gangajol erst einmal in allen seinen Bestandteilen und in seinen Wirkungen untersuchen, und wenn bei diesen Untersuchungen herauskommt, daß auch noch andere Bestandteile des Gangajol Hauterkrankungen verursachen, dann müssen eben auch diese Bestandteile in die Verordnung über Berufskrankheiten eingereiht werden.

Zur Zeit laufen verschiedene „Gangajolsachen“ beim Reichsversicherungsamt. Wir werden diese beobachten und dann den Kollegen über den Ausgang der Sachen berichten.  
R. Nagel, Arbeiterssekretär.

Görlitz. Am 8. August feierte unsere Filiale in schlichter Weise ihr 41. Stiftungsfest. Trotz der schlechten Wirtschaftslage — 67 % unserer Kollegen sind arbeits-

los und von diesen wohl 50 % Wohlfahrtsempfänger — hatten sich doch eine Anzahl Kollegen eingefunden, denn es galt auch Rückschau zu halten, wo die Organisation noch schwach und klein, die Arbeitgeber von einer Arbeiterorganisation nichts wissen wollten und glaubten, allein zu herrschen. Doch diese Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Die Gehilfenschaft raffte sich auf und schloß sich vor 41 Jahren in unserm Verbande fester zusammen, um im Frühjahr den Meistern ihre Forderungen zu unterbreiten. Da diese sie höhnlachend zurückwiesen, auch jede Verhandlung ablehnten, kam es zum Streik. Wenn auch dieser Kampf nicht zu einem vollen Erfolg führte, so wurde doch unsere Organisation zu einem Faktor, vor dem die Arbeitgeber nunmehr Achtung gewonnen hatten. Von unsern alten Kämpfern konnten wir acht Kollegen begrüßen, die seit 25 Jahren die Treue zur Organisation gehalten haben und denen wir die kunstvoll ausgestattete Ehrenurkunde des Hauptvorstandes überreichen konnten. Außerdem konnte unser Kollege Paul Kirche auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Mögen alle Kollegen, besonders die Jugend, diesem Alten nachsehen und die Verzagten aufrütteln, um sich noch fester zusammenzuschließen; denn gerade in jetziger Zeit ist eine geschlossene, geeinte und damit schlagkräftige Organisation mehr denn je am Platze.

Stettin. Am 19. Juli fand im Volkshaus eine Sitzung der Zahlstellenleiter der Filiale Stettin statt. Anwesend waren neben der Stettiner Ortsverwaltung und den Revisoren die Vertreter der Zahlstellen Gollnow, Stargard, Pasewalk und Altdamm. Kollege Dreßler begrüßte die Anwesenden und gab bekannt, daß die Tagesordnung der Sitzung lautet: 1. Bericht über die Generalversammlung in Breslau, 2. Bericht in den Zahlstellen und in der Filiale. Darauf erstattete er zum ersten Punkt einen eingehenden Bericht. Er gab ein anschauliches Bild über die Arbeiten und Beschäfte dieser zur verlaufenen Generalversammlung, dabei besonders die Vorstandsberichte hervorhebend, denen volles Interesse entgegengebracht wurde. Zu den Vorstandsberichten lagen 24 Anträge vor, von denen die meisten abgelehnt wurden, da sie durch die angenommene Entschlieung als erledigt gelten konnten. Des Näheren ging Kollege Dreßler dann auf die einzelnen dort gehaltenen Referate ein und verlas die darauf angenommenen Entschlieungen. Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt. Ueber den zweiten Punkt, Agitation in den Zahlstellen und in der Filiale, berichtete Kollege Semlow. Inwieweit auf die wirtschaftlich schlechte Lage im untern Beruf, schilderte er die Bemühnisse bei der Werbung neuer Mitglieder. Auch die Rationalisierung in unserm Beruf sollte immer fester Fuß. In vielen Betrieben sei es die Spricharbeit, die die Kollegen brotlos mache. Bei der Agitation sei vor allen Dingen unser Verbandsorgan, „Der Maler“, zu benutzen. Er müsse ständig unorganisierten Kollegen gegeben werden, damit auch sie klar die Verhältnisse kennenlernen. An der darauf folgenden Aussprache beteiligten sich alle Kollegen aus den Zahlstellen und die Vorstandsmitglieder der Filiale. Zum Schluß sprach Kollege Willy Schmidt als Kassierer der Filiale über die Geschäftsführung am Ort und in den Zahlstellen. Dieser Vortrag sei nötig, um den Verkehr zwischen Zahlstellen und Filiale richtig zu regeln.

## Berufsunfälle

Karlsruhe. Am 26. Juni verunglückte der Kollege Josef Jaun aus Haueneberstein durch Rutschen der Stehleiter in einem Badezimmer. Er fiel so unglücklich, daß er eine schwere linke Oberarmquetschung davontrug.

Am 7. Juli verunglückte unser Jungkollege Franz Zilly aus Söllingen. Er stürzte beim Fensterstreichen aus dem zweiten Stock durch ein Glasdach auf eine Stein-terrasse und zog sich einen komplizierten Kniebruch zu.

Am 14. Juli verunglückten die Kollegen M. Muffler aus Haueneberstein sowie der Kollege R. Diebrich, Geschäftsführer unserer Filiale, infolge eines Motorradunfalles, indem sie nachts um 23.30 Uhr auf einen unbeleuchteten Langholzwagen fuhren. Die Verletzungen des Kollegen M. — komplizierter Unterschenkelbruch — sind schwerer und die des Kollegen R. — Arm- und Beinquetschungen — leichter Natur.

Die Filialverwaltung wünscht den Kollegen baldigste Genesung.

Dresden. Am 3. August stürzte unser langjähriges Mitglied, der Kollege Hermann Falkenhagen, aus zirka 150 Meter Höhe von einer Anlegeleiter und zog sich einen doppelten Schädelbruch sowie eine Gehirnerschütterung zu. Am Morgen des 7. August ist Kollege Falkenhagen seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.



## Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Schutz vor Wetter und Vorfällen! Lack und Farbe überall!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.



# GESUNDHEIT KÖRPERLICHE

## Wer ist für Lackarbeiten geeignet?

Von Dr. W. Schweishheimer.

Das sich immer mehr ausdehnende Spritzverfahren bringt auch in steigendem Maße neue, größere Arbeiterkreise mit dem Lackieren in Berührung. Vieles, was früher mit dem Pinsel gemacht werden konnte, wird jetzt mit dem Spritzverfahren ausgeführt. Dabei ergeben sich andere Bedingungen. Technisch werden Vorteile, größere Gleichmäßigkeit und Raschheit erzielt. Aber bei der Art der Technik, die die Lacke versprüht, kommt meistens mehr Lackierstoff in die Luft und damit mit den Arbeitern in Berührung.

Man hat schon früher spezifische Erkrankungen durch Lackfarben beobachtet. Hautausschläge (Ekzeme) wurden vor allem an den Händen beobachtet. In einer Farben- und Lackfabrik traten plötzlich gehäuft Ekzemerkrankungen unter den Arbeitern auf, nachdem ein neues billigeres Bindemittel in Gebrauch genommen worden war. Einige Monate danach kamen auch aus großen Betrieben, die ihre Farben von dieser Fabrik bezogen, ähnliche Klagen über dort unter Anstreichern aufgetretene Hauterkrankungen. Das neuartige Bindemittel mußte durch einen andern Stoff ersetzt werden.

Eine ausführliche Mitteilung über Gefahren des Spritzverfahrens haben neuerdings Professor W. Rosenthal und E. Rosenthal-Deußen veröffentlicht. Sie stützen sich dabei im wesentlichen auf die Arbeiten von zwei amerikanischen Kommissionen, die 1925 und 1927 im Staat Pennsylvania und weiter als Bundeskommission in den Industriestädten Detroit und Toledo in vielen kleineren Betrieben verschiedener Art und in den großen Automobil- und Maschinenfabriken Untersuchungen anstellten. Die amerikanische Kommission ist der Ansicht, es wären mehr Schädigungen von Lackierarbeitern bereits bekannt, wenn nicht Arbeiter und Ärzte über die wirklichen Verhältnisse vielfach unterrichtet wären. Bei jeder gewerbehygienischen Schädigung ist die Erkennung das zunächst Wichtigste. Solange man die Ursachen von Schädigungen nicht kennt, schiebt man Krankheiten vielfach auf ganz andere Ursachen. Mit der Erkenntnis ist sehr häufig augenblicklich eine Beseitigung der Mißstände und damit ein Ausschalten möglich.

Im folgenden wird ein kurzer Auszug aus den Rosenthal und Rosenthal-Deußenschen Untersuchungen gegeben. Für die Verbreitung der Dämpfe und Staubteilchen bei Lackarbeiten ist danach zunächst von Bedeutung, der Druck, unter dem eine Farbmischung verstaubt wird. Der durchschnittliche Überdruck von 2 bis 3 Atmosphären bei dieser Arbeit wird unter Umständen auf 7 Atmosphären gesteigert. Je höher der Druck, desto weiter werden die Farbbestandteile hinausgeschleudert, desto eher können sie also in die Atemluft des Spritzers geraten. Günstiger sind neuere Apparate, die nur mit einer halben Atmosphären Überdruck, aber mit größerer Luftmenge arbeiten.

Form und Größe der zu bespritzenden Stücke sind weiter von Bedeutung. Kleine Gegenstände können in abgeschlossene Spritzgeschlässe gebracht werden, in die nur die Hand, nicht das Gesicht des Arbeiters kommt. Bei großen Stücken ist das nicht möglich. Sie befinden sich im gleichen Raum wie der Arbeiter. Die beste Absaugvorrichtung kann nicht völlig die Luft reinigen. Durch das Gentrachtspritzen auf eine größere Fläche kommt es zum Rückprall des Luftstromes. Der Arbeiter wird mit einer Wolke von Farbbestandteilen umgeben sein. Die Verfasser der Untersuchungen empfehlen ein Bespritzen der Flächen in schiefem Winkel. Bei gleichem Erfolg wird die Gefahr bedeutend vermindert.

In Amerika hat man die Wirkung von Respiratoren zum Einatemschutz untersucht. Nur eng getragene militärische Gasmasken entsprechen der Forderung, 90 % von der in der Luft vorhandenen Benzol-, Blei- und Nieselsäure zurückzuhalten. Aber es ist praktisch unmöglich, solche Masken während anstrengender Arbeiten stundenlang zu tragen. Zweckmäßiger erschienen leichte Schutzmasken, die die Luft nicht filtrieren, unter die aber ein Ueberdruck von Druckluft zugeführt wird, um die Raumluft von Mund und Nase fernzuhalten. Doch auch solche Schutzmasken lassen sich kaum den ganzen Tag über tragen.

So erhebt sich neu die alte Forderung, gefährliche Stoffe von der Verwendung bei Lackarbeiten auszuschließen. Lösungsmittel- und Verdünnungsmittel dürfen kein Benzol, kein nitriertes Benzolderivat und keinen Methylalkohol enthalten. Benzol und Methylalkohol sind durch verwandte Stoffe zu ersetzen, die etwas weniger schnell trocknen, aber nicht gefährlich sind. Bleigehalt der Farben sollte gesehlich mengenmäßig angeben werden; sonst bringen auch anscheinend ungefährliche Farben im Spritzverfahren Gefährdung der Arbeiter mit sich. Die amerikanische Kommission verlangt weiter bei Emaillierungen „gut geröstete Mischungen ohne freie Kieselsäure“; aber es ist fraglich, ob damit der Hochglanz der Spiegelfläche zu erreichen sein wird.

Bei all diesen gewerbehygienischen Feststellungen ist zu berücksichtigen, daß eine allgemeine und örtliche Disposition (Krankheitsbereitschaft) die Möglichkeit der Erkrankung fördert oder überhaupt erst hervorruft. Wäre das nicht der Fall, so müßten ja alle Arbeiter erkranken, die irgendwie mit schädlichen Mitteln zu tun haben. In Wirklichkeit ist das bei weitem nicht der Fall. Ja, man muß sich wundern, wenn man die ungesunden Verhältnisse in manchen kleineren Lackierwerkstätten sieht, daß jahrelang keine Erkrankungen vorkommen. Es werden neuere Schutzapparate angeschafft, aber vielfach dann nicht benutzt, und doch treten keine schlimmen Folgen ein. Eine Gewöhnung an manche nicht giftigen, aber eigentlich

reizenden und schädigenden Stoffe tritt offenbar in gewissem Umfang ein.

Entsteht jedoch aus irgend einem Grund plötzlich eine Disposition zur Erkrankung, so kann sie sehr rasch eintreten. Das kann eine Erkältung sein, oder eine Magen- und Darmstörung, oder sonst eine Herabsetzung der körperlichen Widerstandsfähigkeit. Eine örtliche Disposition wird dann geschaffen, wenn beispielsweise die Hände durch Waschungen mit scharfen Stoffen gereizt sind, oder wenn die Haut der Hände verletzt ist usw. Die Gewöhnheit vieler im Lackierbetrieb beschäftigten Personen, die Hände

## Wahrschau

In der letzten Zeit gingen wieder verschiedentlich Meldungen über schwere Explosionsunglücke durch die Zeitungen, oder es wurde über die darauffolgenden Gerichtsverhandlungen berichtet. Dem Laien ist es in solchen

## Beachte die Vorschriften über explosionsgefährliche Stoffe



Bestell-Nr. 365 - d Unfallverhütungsbild G.m.b.H. & Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W 9

Fällen meist unerklärlich, wie Menschen, die mit derart schwer gefährlichem Material umzugehen haben, ein solch überwältigendes Maß von Leichtsinne aufbringen können. Derartige Vorfälle bestätigen die alte Erfahrung, daß die Gewöhnung an eine den Menschen täglich umgebende Gefahr ihn ungeheuer abtumpft und gleichgültig macht.

nach Schluß der Arbeit mit dem Bindemittel selbst zu reinigen, ist oft nicht gut für die Haut.

In Übereinstimmung mit den Arbeiten der amerikanischen Kommission haben Rosenthal und Rosenthal-Deußen folgende Leitsätze für die ärztliche Ueberwachung der Spritarbeiter aufgestellt: Vor Arbeitsaufnahme ist eine Untersuchung der neu einzustellenden Arbeiter vorzunehmen, besonders auf Lungenerkrankungen, chronische Verdauungsstörungen, Blutarmut und andere Veränderungen der Blutbeschaffenheit. Bestehen solche Gesundheitsstörungen oder Alkoholismus oder Syphilis, so sollten die betreffenden Arbeiter nicht zur Spritarbeit zugelassen werden. Auch „Mundatmer“ werden hierher gerechnet, das heißt Personen, die (etwa infolge Wucherungen in der Nase) nicht durch die Nase atmen können.

## Die Lebensdauer der Menschen einst und jetzt

Seitdem es denkende Menschen auf der Erde gibt, hatten sie das Bestreben, ihre Lebensdauer zu verlängern. Namentlich wurde immer versucht, die Jugend mit ihrem Zauber jedem einzelnen solange wie möglich zu erhalten. Die Versuche, alternde Menschen zu verjüngen, finden deshalb das größte Interesse. Stichthaltige Angaben über die durchschnittliche Lebensdauer sind erst von einigen Jahrhunderten vorhanden. Auch über zurückliegende Zeitalter ist einiges Material erhalten geblieben. In der Zeitschrift „Soziale Medizin“ untersucht der Leiter des Statistischen Büros der Metropolitan Life Insurance Company New York, Dr. Dublin, die Frage „Können wir das Leben der Menschen verlängern?“ In diesem Artikel befindet sich gutes Material über das Leben der Menschen früher und jetzt und bei den verschiedenen Völkern. Am Anfang unserer Zeitrechnung soll die durchschnittliche Lebensdauer der Ägypter 30 Jahre betragen haben. Während der ersten drei Jahrhunderte des Kaiserreichs im alten Rom waren die Lebensbedingungen der Menschheit so schlecht, daß noch nicht mal ein Durchschnittsalter von 20 Jahren erreicht wurde.

Der größte englische Astronom Halley hat in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Bevölkerungsbewegung der Stadt Breslau untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Lebenserwartung 33 1/2 Jahre betrug. Eine Sterbetafel auf Grund der Bevölkerungsbewegung in Northampton (England) um die Mitte des 18. Jahr-

hunderts ergibt eine Lebenserwartung von ungefähr 30 Jahren. In einigen Bezirken Nordamerikas betrug die Lebenserwartung im Anfang des 18. Jahrhunderts 35 Jahre. Um 1840 herum wurden die Bewohner des Staates Massachusetts durchschnittlich 40 Jahre alt. 40 Jahre später, im Jahre 1890, betrug die Lebenserwartung bereits 44 Jahre. Im Jahre 1927 betrug sie 59 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen. In Europa hat Dänemark den höchsten Stand der Lebenserwartung, nämlich 60 Jahre für Männer und 62 Jahre für Frauen. England und Deutschland haben ungefähr die gleichen Verhältnisse. Die Männer werden in diesen beiden Staaten etwa 56 Jahre und die Frauen 58 bis 60 Jahre alt. In Frankreich ist die durchschnittliche Lebensdauer um etwa 7 bis 8 Jahre niedriger. Das Land mit der längsten Lebensdauer ist Neuseeland. Hier können sich die Männer eines durchschnittlichen Lebensalters von 63 Jahren und die Frauen eines solchen von 65 Jahren erfreuen. Auf Neuseeland folgt Australien, wo die Lebenserwartung 2 bis 3 Jahre niedriger ist. Auf der untersten Stufe steht Indien, wo die Lebenserwartung die äußerst niedrige Ziffer von 22 Jahren für Männer und 23 Jahren für Frauen erreicht. Ein Bewohner Neuseelands lebt dreimal so lange als ein Indianer. Dort haben wir es mit einem ruhigen, wohlausgeglichenen Volke zu tun, das Demokratie und Zivilisation seit Jahrzehnten zu pflegen Gelegenheit hatte, währenddessen wir es in Indien und China, Rußland usw. mit unterdrückten und geknechteten Völkern zu tun haben.

Die Verlängerung des menschlichen Lebens ist hauptsächlich auf die Unterdrückung der Volksseuchen zurückzuführen. Pest, Cholera, Blattern, Malaria, Gelbes Fieber, Syphilis usw. waren die Geißeln, mit denen unsere Vorfahren gequält wurden. Für die moderne Menschheit sind dies unbekannt Begriffe. Selbst die Tuberkulose konnte weitgehend vermindert werden. Hinzu kommt der kolossale Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Der Verfasser des betreffenden Artikels ist der Meinung, daß die Lebensdauer noch verlängert werden kann. Eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren sei bei dem heutigen Stand der Wissenschaft durchaus möglich. Wenn wir die erfreuliche Tatsache registrieren können, daß der Mensch heute wesentlich länger lebt als seine Großväter, so wollen wir uns daran erinnern, daß die Gewerkschaftsbewegung daran einen großen Anteil hat. Sie hat die Arbeitszeit mit Erlaß zu verkürzen gesucht, die Arbeitsweise verbessert, gesundheitliche Aufklärung getrieben, Raum für Sport der arbeitenden Bevölkerung geschaffen und die arbeitenden Menschen überhaupt auf eine höhere Kulturstufe gehoben. Es kommt nun noch darauf an, jedem einzelnen Menschen die Mittel zu verschaffen, damit er das verlängerte Leben nicht in Not und Elend, sondern mit Behagen verbringen kann.

## Gesunde Küche im August

Sommerhitze verlangt Sommerkost. Das gilt besonders in den heißen Tagen des August. Darum wird die Hausfrau zweckmäßig Eiweiß und Fett, die Wärmepender unserer Nahrung, (also Butter, Fette, Öle und Schmalz auf der einen, und Fleisch auf der andern Seite), im Speisezettel in den Hintergrund treten lassen.

Leichte Kost, vor allem Obst und Gemüse, gehört jetzt auf den Tisch. Ueberflutet herrscht im August an Rispfen, Pflaumen und Beerenfrüchten, die in vielgestaltiger Art Verwendung finden können. Unter den Gemüsen erfreuen sich als „Saisongericht“ die Pilze großer Beliebtheit. Ihr Nährwert ist indessen gering: 1 Kilogramm frischer Pilze enthält soviel verdauliches Eiweiß wie 100 Gramm Fleisch! Auch die Verdaulichkeit der Pilze ist nicht groß. Was uns aber die Pilze angenehm macht, das ist ihr Gehalt an Salzen und Geschmacksstoffen, die den Appetit anregen und die Verdauung fördern. Da Pilze leicht in Fäulnis übergehen, soll man ein Pilzgericht nie von einem zum andern Tage aufbewahren. Ueberhaupt ist die Vergiftungsgefahr bei Pilzen nie zu unterschätzen. Wer Pilze nicht genau kennt, der sollte niemals selbstgesammelte Pilze essen. Wenig bekannt ist, daß sie in getrocknetem Zustande ungiftigen Lorcheln und Morcheln frisch genossen sehr giftig sind. Wer sie frisch verzehren will, der muß dafür sorgen, daß Morcheln mindestens 2 Minuten mit Wasser gekocht werden und daß, im Gegensatz zu sonstigen Gemüsen, das Kochwasser unbedingt weggeschüttet wird, denn der Giftstoff der Morchel, die Schwefelsäure, geht ins Kochwasser über.

Wichtig ist es auch, an heißen Tagen die Kost möglichst reizlos, also gewürzarm, zu gestalten, um das Trinkbedürfnis nicht unnötig zu steigern. Dessen gesundheitlich zweckmäßige Befriedigung gehört gleichfalls zu den Aufgaben einer tüchtigen Hausfrau. Als durststillendes Getränk steht fraglos frisches Wasser obenan, dem man Fruchtsäfte aller Art zur Erhöhung des Geschmacks und der erfrischenden Wirkung zusetzen kann. Kalt getrunken wirken zum Beispiel Tee, Kaffee oder Milch, die aber sicherheitsshalber vorher abgekocht und dann gekühlt werden müssen, in hohem Maße durststillend. Mit eiskalten Getränken sei man besonders vorsichtig und genieße sie stets nur langsam, schluckweise, da sonst leicht Magen- und Darmkrankungen entstehen können. Besonders Herzkranken kann eiskaltes Trinken gefährlich werden; sind doch bei diesen Kranken infolge der von der Kälte hervorgerufenen, raschen Blutdruckschwankungen schon plötzliche Todesfälle beobachtet worden. Ganz zu vermeiden sind an heißen Tagen alkoholische Getränke, da diese nur neue Wärme, neuen Schweiß und damit neuen Durst erzeugen.



### Der Lehrlingsstreitaußschuß bei der Innung

Durch § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926 ist der § 91b der Gewerbeordnung wie folgt geändert worden:

„Als das gemäß § 83 Absatz 2 Nummer 11 für die Verhandlung von Streitigkeiten nach § 81a Nummer 4 zuständige Organ hat die Innung einen Ausschuß zu bilden, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl angehören müssen.“

Wird der von diesem Ausschuß gefällte Spruch nicht innerhalb einer Woche von beiden Parteien anerkannt, so kann binnen zwei Wochen nach ergangenem Spruch Klage beim zuständigen Arbeitsgericht erhoben werden. Der Klage muß in allen Fällen die Verhandlung vor dem Ausschuß vorangegangen sein.

Aus Vergleichen, die vor dem Ausschuß geschlossen sind, und aus Sprüchen des Ausschusses, die von beiden Parteien anerkannt sind, findet die Zwangsvollstreckung statt. Die §§ 104 und 105 des Arbeitsgerichtsgesetzes geltend entsprechend.“

Nach § 81a der Gewerbeordnung gehörte unter anderem auch die Entscheidung über Streitigkeiten der im § 4 des Gewerbeordnungsgesetzes — das durch das Arbeitsgerichtsgesetz abgelöst worden ist — bezeichneten Art zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen zu den Aufgaben der Innungen. Sie hatten nach § 83 Absatz 2 Nummer 11 der Gewerbeordnung in ihren Satzungen Bestimmungen zu treffen über die Bildung einer Schiedsstelle und über das Verfahren zur Entscheidung dieser Streitigkeiten.

Die Entscheidungen der Innungen und der Innungsschiedsgerichte wurden rechtskräftig, wenn nicht binnen einer Monatsfrist von einem Monat eine Partei Klage bei den ordentlichen Gerichten erhob.

Da das Gewerbeordnungsgesetz dem Arbeitsgerichtsgesetz weichen mußte, erfolgte auch die Beseitigung dieser Innungsschiedsstelle.

Das Arbeitsgerichtsgesetz hat aber in seinem § 111 (siehe oben) den Innungen zur Pflicht gemacht, einen Ausschuß zu bilden, der für Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen eine beschränkte Entscheidungsgewalt besitzt. Da die Entscheidung dieser Streitigkeiten zu den gesetzlichen Aufgaben der Innungen gehört, können sie sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Bei einer Weigerung sind sie von den Aufsichtsbehörden — das sind die unteren Verwaltungsbehörden (Stadtträte mit ehem. rev. Städteordnung und die Amtshauptmannschaften) — zur Einrichtung der Schiedsorgane anzuhalten. Die Aufsichtsbehörde muß sogar von selbst eingreifen, wenn eine Innung diese Aufgabe nicht erfüllen will, weil bei etwaigen Streitigkeiten die Parteien die Einrichtung des Lehrlingsstreitaußschusses nicht umgehen können und das Arbeitsgericht erst dann anrufen können, wenn von dem Ausschuß ein Spruch erfolgt ist.

Der § 92 des Arbeitsgerichtsgesetzes, der bestimmt, daß das Arbeitsgericht sofort angerufen werden kann, wenn die für bestimmte Fälle eingerichteten Schiedsstellen trotz Aufforderung nicht zusammentreten oder nicht entscheiden, kann auf den Lehrlingsstreitaußschuß keine entsprechende Anwendung finden, weil das Eingreifen der Aufsichtsbehörde die erforderliche Gewähr für das Tätigwerden des Ausschusses bietet.

Es ist aber auch nicht möglich, die Entscheidungsgewalt der Innung durch einen Schiedsvertrag oder Gütevertrag der Parteien auszuschließen, wenn diese Verträge das Ziel haben, die Sache ohne Vorentscheidung des Ausschusses unmittelbar vor das Arbeitsgericht zu bringen.

Wie § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes besagt, sind die Entscheidungen des Lehrlingsstreitaußschusses nicht endgültig. Den Parteien steht das Recht zu, binnen zwei Wochen nach ergangenem Spruch beim zuständigen Arbeitsgericht Klage zu erheben, wenn nicht innerhalb einer Woche der Spruch von beiden Parteien anerkannt wird. Die Anerkennung des Spruches ist nicht damit geschehen, daß beide Parteien ihn ohne Entgegnung hinnehmen; sie müssen vielmehr die Anerkennung direkt aussprechen.

Dieser Lehrlingsstreitaußschuß führt den Namen „Ausschuß für das Lehrlingswesen“. Ihm müssen in gleicher Zahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören. Die Zusammenfügung des Ausschusses wird durch entsprechende Bestimmungen in der Innungssatzung geregelt. Die Zahl der Mitglieder ist in das Ermessen der Innung gestellt; sie kann auch in der Satzung bestimmen, daß bei Entscheidungen nicht sämtliche Ausschußmitglieder, sondern nur ein Teil vertreten sein müssen. Die paritätische Zusammenfügung muß aber auch bei diesen Unterausschüssen vorhanden sein.

Bei der Wahl ist folgendes zu beachten:

Die Mitglieder der Arbeitgeber werden von der Innung nach der in der Innungssatzung vorgeschriebenen Form bestimmt. Wählbar sind die Innungsmitglieder und die gesetzlichen Vertreter der der Innung angehörenden juristischen Personen (Kapitalgesellschaften usw.), die zur Wahl der Vertreter zur Innungsversammlung berechtigt sind oder in den Innungsversammlungen stimmberechtigt sind nach den Bestimmungen des Gewerbeordnungsgesetzes zum Amt eines Schöffen fähig sind.

Die Innungssatzung kann auch bestimmen, daß solche Innungsmitglieder auszuschließen sind, die mit der Zahlung mehrerer aufeinander folgender Beiträge im Rückstand geblieben sind.

Nicht wählbar sind demnach Personen:

1. die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen;
2. unter 21 Jahren;
3. denen die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt worden sind;
4. gegen die das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;

5. die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. (§§ 93a und 93b der Gewerbeordnung.)

Die Wahl der Arbeitnehmer ist ebenfalls in der Innungssatzung zu regeln. Während die Arbeitgebermitglieder in der Regel von der Innungsversammlung gewählt werden, wird die Wahl der Arbeitnehmer meistens von dem Gesellenausschuß erfolgen.

Die Frage, ob als Arbeitnehmer nur Gesellen oder auch andere ungelernete Arbeiter tätig werden sollen, ist in der Literatur noch strittig.

§ 91b der Gewerbeordnung spricht nur von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Nach § 95 der Gewerbeordnung nehmen aber an der Erfüllung der Aufgaben der Innung und an der Innungsverwaltung die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen (Gehilfen) teil. Nach dem Absatz 2 ist es sogar Aufgabe des Gesellenausschusses, sich bei der Regelung des Lehrlingswesens zu beteiligen. Da aber das Lehrverhältnis die Erziehung des Lehrlings zum gelernten Arbeiter (Gesellen) bezweckt, wird kein Anlaß bestehen, die ungelerneten Arbeiter zu den Lehrlingsstreitigkeiten heranzuziehen.

Die Arbeitnehmermitglieder des Ausschusses müssen den Anforderungen genügen, die an die Mitglieder der Gesellenausschüsse zu stellen sind. Sie müssen also volljährig und zum Amt eines Schöffen fähig sein. Bei Zwangsinnungen sollen nach § 100r der Gewerbeordnung nur solche Gesellen herangezogen werden, die mindestens 21 Jahre alt sind und eine Gesellenprüfung abgelegt haben.

Etwaige Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen zum Lehrlingsstreitaußschuß können binnen vier Wochen nach der Wahl bei der Aufsichtsbehörde erhoben werden. (§ 94 der Gewerbeordnung.)

Die Mitglieder des Ausschusses für das Lehrlingswesen verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich. Es kann ihnen aber nach näheren Bestimmungen der Satzung ein Ersatz der haren Auslagen und eine Entschädigung für Zeitverräumnis gewährt werden.

Die Annahme der Wahl kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Arbeitsgerichts abgelehnt werden kann. Etwaige Ablehnungsgründe sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie binnen zwei Wochen, nach dem der Gewählte von seiner Wahl Kenntnis erhielt, schriftlich geltend gemacht worden sind. Ueber den Ablehnungsantrag entscheidet die Aufsichtsbehörde der Innung endgültig. (§ 94 der Gewerbeordnung.)

Nach § 24 des Arbeitsgerichtsgesetzes kann die Uebernahme des Beisitzeramtes ablehnen:

1. wer das 65. Lebensjahr vollendet hat;
2. wer durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen;
3. wer durch andere ehrenamtliche Tätigkeit für die Allgemeinheit so in Anspruch genommen ist, daß ihm die Uebernahme des Amtes nicht zugemutet werden kann;
4. wer in den sechs der Berufung vorhergehenden Jahren als Beisitzer einer Arbeitsgerichtsbehörde tätig gewesen ist;
5. Frauen, die glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert.

Ein Ausschneiden der Mitglieder hat dann zu erfolgen, wenn Umstände eintreten oder bekannt werden, die die Wählbarkeit ausschließen. Weigert sich ein Ausschußmitglied, die Ausschließung anzuerkennen, so erfolgt eine Enthebung vom Amte durch die Aufsichtsbehörde nach § 94b der Gewerbeordnung. Die Aufsichtsbehörde hat aber vorher das betreffende Ausschußmitglied und den Ausschuß zu hören.

Bei der gesetzlichen Einrichtung des Ausschusses für das Lehrlingswesen ist über die Einrichtung des Vorsitzendenamtes nichts gesagt worden. Die Uebertragung dieses Amtes kann an jedes Mitglied erfolgen. Es muß aber dabei beachtet werden, daß das Gleichgewicht im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufrecht erhalten bleibt. Dem Vorsitzenden darf insbesondere nicht das Recht des Entscheides bei einer etwaigen Stimmengleichheit übertragen werden. Für das Amt des Vorsitzenden kann auch eine unparteiische Person bestellt werden, die aber weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf. Die Bestellung eines solchen unparteiischen Vorsitzenden ist schon deshalb zu empfehlen, weil dadurch erreicht wird, daß der Ausschuß mit einer ungeraden Zahl besetzt wird und eine Stimmengleichheit so gut wie ausgeschlossen ist.

Ueber die Wahl des Vorsitzenden sind ebenfalls Bestimmungen in der Satzung zu treffen. Sie können dahin lauten, daß der Inhaber eines bestimmten Amtes (Bürgermeister, Ortsrichter usw.) als Vorsitzender bestellt werden soll, oder daß die Bestellung einem Dritten (der Aufsichtsbehörde oder einer andern amtlichen Stelle) übertragen wird.

### AGD. in Einheitsfront mit dem Kapital gegen die Arbeiterchaft

In einer Reihe von Städten und Ortschaften haben in den letzten Wochen Arbeitslosendemonstrationen stattgefunden, die zu Krawallen überleiteten, teilweise zu Plünderungen und andern Exzessen. Nach Vorbereitungen und Umständen wurde nicht nur mit Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei gerechnet; augenscheinlich lag solches Ergebnis im Kalkül der Arrangure. Es gab eine Anzahl von Verletzten auf beiden Seiten, eine verhältnismäßig große Zahl von Verhafteten; ein Teil davon blieb in Untersuchungshaft, einige sind bereits abgerichtet worden. Das erzeugt natürlich Erbitterung. Besonders dann, wenn noch etwas nachgeholfen wird. Die Wut der Verurteilten, Verprügelten und deren Anhang richtet sich fast ausschließlich gegen die Polizei. So wünscht es das Großunternehmertum, und so will es die KPD. Zwischen der extremsten Reaktion und der „revolutionärsten“ Partei besteht in dieser Hinsicht Uebereinstimmung, wenn auch aus verschiedenen Motiven, so aber doch mit dem gleichen Resultat: die Opfer und die Betrogenen sind die Proletariat, der Ausnießer der KPD. mit der

AGD.-Taktik, als Veranstalter der erwähnten Arbeitslosendemonstration, ist das Unternehmertum.

Angeblickt will die KPD. mit den Demonstrationen den Arbeitslosen helfen. Die KPD.-Leitung kann nicht so beschränkt sein, zu glauben, daß mit ihren Sonderaktionen neben und zum Teil direkt gegen die nicht ihrer Kommandatur freiwillig Unterworfenen den Arbeitslosen irgendwie geholfen würde oder geholfen werden könne. Nein, man ist überzeugt, daß die wirklich von den Schlägen der kapitalistischen Krise am härtesten, am unarmherzigsten Getroffenen, von der AGD. irreführt, in noch größeres Elend hineingeschleudert werden. Man kann auch nicht einmal die Hoffnung hegen, hegt sie auch nicht, daß die AGD.-Strategie eine Situation herbeiführt, woraus Kräfte einer rettenden, siegreichen, stabilen Umwälzung hervorbekommen können, man weiß vielmehr ganz genau, daß nur ein Kubdelmuddel kommen könnte, bei welcher Gelegenheit das zersplitterte Proletariat in eine furchtbare, vielleicht sehr blutige, sicher in eine Niederlage mit ausschweifendster Reaktion auf allen Gebieten hineingerissen würde.

Wie liegen die Dinge? Was zeigt die Taktik der die Regierungspolitik entscheidend beeinflussenden Schichten? Wie reagiert darauf die AGD.? Beantworten wir kurz diese Fragen, dann wird man klar sehen:

Wir zählen fast 4 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Wir haben weiter Tausende von Stempelstellen und Gemeinden, wo Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. Die Gewerkschaften fordern seit langem die 40-Stunden-Arbeitswoche, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Auslandsanleihen, und sie bekämpfen mit allen möglichen Mitteln die Verschlechterung der Sozialleistungen. Die KPD. sabotiert solchen Kampf nicht nur, sie stört ihn, schwächt ihn ab durch eine von infernalem Haß befruchtete Hege gegen die Gewerkschaften und einer mit wahren Feuersäuren betriebenen Zerfetzungs- und Spaltungsarbeit. Mit solcher Tätigkeit befindet sie sich bereits in einer für die Arbeiterschaft verhängnisvollen Einheitsfront mit dem gesamten Unternehmertum und den Nazis. Hier wie dort der gleiche Fanatismus, dessen Ziel die Vernichtung der Gewerkschaften ist. Zwar ein vergebliches, aber doch ein überaus schädliches Wollen für die gesamte Arbeiterschaft.

Das Unternehmertum drängt fortgesetzt auf weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen; Schiedsprüfung und Notverordnungen reduzierten Löhne, Gehälter und Sozialbezüge. Die so bewirkte Einschrumpfung der Massenkaufkraft verschmälert die Produktionsbasis; die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Unternehmer widerlegen sich der geforderten Arbeitszeitverkürzung und auch der Arbeitsbeschaffung, verhindern so eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Für die Krise in ihrer scharfen Ausprägung machen die Unternehmer die Gewerkschaften verantwortlich. Bei solcher an sich blöden Behauptung leisten ihnen die Nazis und die KPD. Sukkurs. Auch hier eine Einheitsfront zwischen AGD.-Strategen, Rattital und Faschisten.

Die Politik der gezeichneten Richtung zwingt die Zahlstellen der Arbeitslosenversicherung zu reduzierten Auszahlungen. Den Gemeinden werden immer mehr Lasten für die ausgesteuerten Arbeitslosen aufgebürdet; gleichzeitig wird die Quelle ihrer Einnahmen mehr und mehr verstopft; sie müssen die Leistungen ebenfalls einschränken oder auch ganz einstellen. Die Initiatoren dieser Praxis wissen sehr gut, daß sich der Unwille der Unterstützungsempfänger, besonders der wenig Geschulten und der heberisch Irreführten, unmittelbar gegen die Stellen richtet, von denen sie die gefürhten Bezüge erheben müssen und die alle durch Notverordnungen usw. gestrichenen Leistungen überhaupt nicht mehr zahlen dürfen. Die Aufmerksamkeit der Masse wird von der dirigierenden Zentralfstelle und den hinter ihr stehenden Triebkräften abgelenkt und auf die Vollzugsorgane gerichtet. Rechts und links weiß man auch sehr gut, daß an vielen Tausenden von Zahlstellen genügend vortrefflich ausgerüstete Kräfte zur Verfügung stehen; um die zersplitterten Kräfte, wenn sie hier aktiv vorgehen sollten, mit absoluter Sicherheit schnell und gründlich unschädlich machen zu können.

Bei dieser Art der „Befriedigung“ der in Harnisch gebrachten Arbeitslosen hilft, wie dazu bestellt, auch wieder die KPD. mit der AGD.-Taktik. Die AGD.-Abteilung macht die Zahlstellen der Arbeitslosenversicherung und Gemeinden zu Angriffsobjekten der Arbeitslosen, ihrer Anhänger überhaupt. Sie lenkt deren Angriffswillen auf diese Stellen, erweckt den Anschein, als ob Opposition, Demonstrationen und auch direkte Angriffe an diesen Stellen den Arbeitslosen Nutzen bringen könne; sie entpolitisiert, läßt die wirklichen Kräfte, die der Masse Not verschulden, hinter aufgezückelte Illusionen zurücktreten. Die AGD. macht genau das, was die Unternehmer wünschen müssen, was ihren Interessen dient. Wiederum eine Einheitsfront zwischen KPD. und der tückischen Reaktion.

Wir haben die oben gestellten Fragen beantwortet. Es gehört wirklich nicht viel Einsicht dazu, um zu erkennen, daß die AGD. mit ihren Spaltungsabsichten und mit der grotesk-genialen Behandlung der Arbeitslosenfrage dem Kapital das Triebwasser auf die Reaktionsmühlen leitet, daß sie die Arbeitslosen betrügt, ihnen bewußt vortäuscht, durch ihre Rationierungen würde ihnen geholfen, während sie die Position des Unternehmertums stärken und dazu zahlreiche Arbeitslose und Mißläufer ganz unnötigerweise in Lebensgefahr bringen und viele ins Gefängnis liefern.

Die sonstigen Leistungen der AGD. für die Arbeitslosen sind von der gleichen Qualität. Wenn von anderer Seite Anträge zugunsten der Arbeitslosen gestellt werden, dann schimpft die AGD.-Presse über Betrug, Verrat usw., macht gleichzeitig Reklame mit eigenen Anträgen, obwohl man weiß, daß diese Anträge noch viel weniger oder gar keine Aussicht auf Verwirklichung haben, darum schon nicht haben können, weil die Taktik der AGD. die Position der Arbeiterschaft so schwächt, daß sie oft nicht einmal solche Anträge durchsetzen kann, die finanziell und technisch ohne großen Schwierigkeiten realisierbar wären. Mit solchen Quertreibereien bejogt die AGD. allein die Geschäfte des Kapitals, es braucht dafür nicht einmal eigene Truppen zu mobilisieren. Wie stellt sich nun die „revolutionäre“ Taktik der AGD. in ihrer Gesamtheit dar?



Durch andauerndes Geschrei über die unmittelbar bevorstehende Revolution gaukelt man die Unwissenden und Denkschwachen in die Illusion, ohne ihr Zutun reifen ihnen herrliche, sofort greifbare Früchte ganz von selbst entgegen, gewerkschaftliche Arbeit sei überflüssig, wenn nicht gar schädlich. Dann kündigt die KPD, RSD, Presse in bombastischer Aufmachung das Einbringen von Anträgen in K-Parlamenten, die der Arbeitslosen Existenz sicherstellen, wenn sie verwirklicht würden. Wieder erweckt man die Illusion, die Hilfe für die Arbeitslosen hinge von gutem Parteilwillen ab, den die KPD in verschwenderischer Weise bekunde. Wieder braucht man keine ernsthafte gewerkschaftliche Arbeit. Und die Arbeitslosen hoffen und harren natürlich vergeblich. Aber nein, nun steht die Rettung vor der Tür, die RSD schiebt den Wagen — die Arbeitslosen brauchen nur die Arbeitsämter, die Gemeindebüros zu stürmen, Läden zu plündern, dann hat die Not ein Ende!

Kann man verbrecherischer mit den Arbeitslosen spielen? Die RSD opfert sie auf dem Altar kapitalistischer Vernichtung, nur damit sie neue Besargumente gegen die Gewerkschaften zur Begründung ihrer Spaltertattil konstruieren kann, denn selbstverständlich werden die Gewerkschaften, so unsinnig das auch sein mag, für alle Niederlagen, alle Mißerfolge der Arbeiter und für alle Erfolge des Kapitals verantwortlich gemacht.

Ablehnt von solchem Treiben, ein Fortschritt den Spaltern, hinein in die Gewerkschaften zu ernsthafter Mitarbeit, das ist der Stunde Gebot, das ist Hilfe auch für die Arbeitslosen.

## Baugewerbliches

**Soziale Bauwirtschaft.** Die soeben erschienene Sondernummer 15/16 der Sozialen Bauwirtschaft — monatlich zwei Hefte, Bezugspreis für Gewerkschafter vierteljährlich 2,25 M — ist dem zehnjährigen Bestehen der Bauhütte Leipzig gewidmet. In der einfachen Darstellung ihres Geschäftsführers Otto Näther kommt ein Stück kraftvoller Aufbauarbeit und gewerkschaftlicher Tatkraft zum Ausdruck. In festem Verbundensein und in unerschütterlichem Glauben an die Gemeinwirtschaft ist hier in schwerster Zeit wertvolle Pionierarbeit für die kommende Zeit geleistet worden. Mit 55 000 Papiermark wurde vor zehn Jahren der Betrieb gegründet, der im Jahre 1930 einen Umsatz von 13,4 Millionen Mark hatte und allein für Löhne 5,8 Millionen Mark verausgabte. Seit ihrem Bestehen sind von der Bauhütte 1495 Wohnungen erbaut worden. Seit 1. Juli 1931 werden wöchentlich nur 42 Stunden gearbeitet. Im Jahresdurchschnitt 1930 beschäftigte der Betrieb 354 Arbeiter und Angestellte; die Jahreslohnsumme betrug 1930 rund 950 000 M. Die ebenfalls in dem Heft abgedruckte Lohn- und Beschäftigtenstatistik des Sozialen Baubetriebes für den Monat März 1931 weist eine Beschäftigtenzahl von 13 429 (Juli 1930 17 269) und eine Lohnsumme von 2 350 221,07 M (Juli 1930 3 599 055,27 M) auf. Das Heft enthält dann noch Aufsätze über die Krise des Kapitalismus von A. Ellinger und die Wirkung der Krise auf den Bauproduktmarkt von A. Kunkel. Einen weiteren Weg zur Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe unter Verwendung von Mitteln der Wohlfahrtsämter zeigt ein Aufsatz des Genossen Fritz Voigt: **Schafft Arbeit!** Voigt berichtet über einen Versuch der Stadt Breslau, mit Hilfe der Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und weiteren Mitteln der Reichsversicherungsanstalt, der Volksfürsorge und der Hauszinssteuer rund 500 Kleinwohnungen zu bauen und damit einer großen Zahl von Wohlfahrtsdienstlosen Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen.

## Gewerkschaftliches

**„Wir zerschlagen die Gewerkschaften!“**  
In einem Aufsatz „Politische Streiflichter“ (jungdeutsche Monatschrift „Der Meister“) behandelt Hans Seib die Gründe, weshalb die Männer der Großindustrie und der Bankwelt den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauern. Er prüft das Programm, das Schrifttum und die Reden der maßgebenden Führer der nationalsozialistischen „Arbeiter“partei und zieht als letztes Fazit für deren politisches Wollen:

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen auch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.“

Dieses Bekenntnis eines Verurteilten, der selbst dem nationalsozialistischen Lager angehört, bringt keine besonderen Ueberraschungen; in dieser Deutlichkeit aber ist es unseres Wissens noch nicht abgelegt worden. AGK.

**Der Verband der Hutmacher**  
zielt seine „ordentliche“ Generalversammlung in 11 M ab. Aus dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Dr. Bröckling hervor, wie schwer das Hutmachergewerbe unter der Arbeitslosigkeit leidet. Im Jahre 1930 arbeiteten nur 49 % der Mitglieder voll. In der Berichtszeit wurden 41 Tarifbewegungen durchgeführt. Die Gesamteinnahmen 1930 betragen 1 447 458 M, die Ausgaben 1 206 779 M, so daß sich trotz der großen Ausgaben für soziale Unterstützungen

## DAS GEDRUCKTE WORT

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum werde den gelassenen „Maler“ nicht fort, sondern gebe ihn an unorganisierte Kollegen weiter. Die Zeitung ist stets ein gutes Werbemittel für den Verband

ein Ueberschuß von 210 000 M ergibt. Für den Deutschen und Oesterreichischen Hutmacherverband soll eine gemeinsame Verbandszeitung herausgegeben werden. Beschlossen wurde, den Mitgliedern nach 52 Wochen Invaldität das Gehaltsgeld des zuletzt geleisteten Beitrages als Sterbegeld auszugeben. Der bisher amtierende Vorstand wurde wiedergewählt. Der Sitz des Verbandes wird von Altenburg nach Berlin verlegt.

### Der Metallarbeiterverband 1930.

Diese größte deutsche Gewerkschaft hatte im vorigen Jahr in der Hauptkasse eine Gesamteinnahme von 57,3 Millionen Mark. An Beitrittsgebühren und Beiträgen wurden 39 Millionen Mark eingenommen. An Kapitalzinsen und sonstigen Einnahmen war ein Gesamtbetrag von 17 Millionen Mark zu verzeichnen. Wie angespannt die Finanzen einer Gewerkschaftsorganisation für Unterstützungen sind, dafür folgendes Beispiel: Der DMV zahlte an Arbeitslosenunterstützung 28,9 und an Krankenunterstützung 6,8 Millionen Mark. Für Streit- und Maßregelungsunterstützung wurde die Hauptkasse mit 3,5 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die Metallarbeiterzeitung verursachte eine Ausgabe von 1 143 542 M. Für Bildungskurse wurden 228 830 M ausgegeben. Die Lokalstellen des DMV balancieren mit rund 26,4 Millionen Mark. Das Zahlenwerk eines gewerkschaftlichen Jahresabschlusses müßte zu der interessantesten Lektüre der Arbeiter gehören. In ihm spiegelt sich die soziale Lage der Arbeiter, das ganze Leben und Streben der arbeitenden Klasse wider. Die Gewerkschaftsmitglieder lernen auch, welche gewaltigen Aufgaben eine gewerkschaftliche Organisation zu erfüllen hat. Der Jahresabschluß des DMV bietet dafür den besten Beweis.

## Genossenschaftliches

### Bei der Volksfürsorge geht's weiter vorwärts.

Der immer wieder von gewissen Kreisen gegen die Gewerkschaften erhobene Vorwurf, daß sie mit ihren Anschauungen nur den Seilungsprozeß der Wirtschaft hindern, ist schon sehr oft in eindringlicher Weise widerlegt worden, verschwindet aber aus bestimmten Gründen nicht aus der Debatte der Zeit. Die Gewerkschaften sind aber nicht nur fähig, mit ihren Beschlüssen gegenwärtig zu wirken, sondern bieten mit den vorhandenen Wirtschaftsbetrieben der Arbeiterschaft auch in der Praxis den besten Beweis dafür, daß richtige Wirtschaftsführung auch einen reibungslosen Wirtschaftsverlauf ermöglicht. Wir berichten ständig über die Fortschritte der Konsumgenossenschaften und haben auch kürzlich über die Jahresabschlüsse der Arbeiterbank und der Volksfürsorge Erfreuliches sagen können. Jetzt liegt nun das Ergebnis der Volksfürsorge für das erste Halbjahr 1931 vor. Von Januar bis Juni wurden insgesamt 159 461 neue Versicherungsanträge mit 69 192 324 M Versicherungssumme eingereicht. Der Prämienlauf beläuft sich für die Volksversicherungsanträge (die sogenannte kleine Lebensversicherung mit monatlicher Prämienzahlung) auf monatlich 357 569 M und für die Lebensversicherungsanträge mit vierteljährlicher Prämienzahlung auf 68 290 M vierteljährlich. Das Ergebnis kann als günstig bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß es speziell die arbeitende Bevölkerung ist, die Versicherungen bei der Volksfürsorge abschließt, und gerade diese Kreise tragen heute die größten Opfer.

### Was die Volksfürsorge leistet.

Mit dem stetigen Anwachsen der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft erhöhten sich auch die Leistungen für Sterbefälle an die bei ihr Versicherten. Sie zahlte im ersten Halbjahr 1931 für 4260 Sterbefälle bei ihr versicherter Personen rund 1 900 000 M aus. — In dieser Zeit wird vielen die Versicherungssumme beim Todesfall des Ernährers eine sehr willkommene Hilfe gewesen sein.

## Sozialversicherung

### Ortskrankentassen in der Krise.

Während am 1. Januar 1930 der durchschnittliche Beitragsfuß bei den Ortskrankentassen etwa 6 1/2 % betrug, ist er bis zum 31. Dezember bis unter 6 % rund um 10 % gesunken. Eine weitere Beitragsermäßigung ist auf Grund der Notverordnungen für diejenigen Rassenmitglieder eingetreten, die während der Krankheit Arbeitsentgelt erhalten. Diese Ermäßigung beträgt im Durchschnitt 12 %. Die ermäßigten Sätze lagen am 31. Dezember um 21 % unter dem Durchschnittsbeitragsfuß vom 1. Januar 1930. Um die Verringerung der Beiträge zu ermöglichen, sind durch die Notverordnungen auch weitgehende Leistungseinsparungen verfügt worden. Soweit trotzdem noch den Rassen die Möglichkeit zu jagungsmäßigen Mehrleistungen geblieben ist, konnten diese bis zum Ende des Jahres in der Mehrzahl der Fälle aufrechterhalten bleiben. Abgesehen von denjenigen Mehrleistungen, die als Ersatz für fortgefallene Leistungen zu gelten haben, wie zum Beispiel Familienzuschläge zum Krankengeld an Stelle allgemein erhöhten Krankengeldes, wurde, wie im folgenden

nach eingehender Erörterung, eine Zunahme festgestellt: Bei der Genesendensfürsorge, bei den Maßnahmen zur Verhütung von Erkrankungen und bei der Gewährung von Krankenlohn, also bei denjenigen Mehrleistungen, die einmal bei Vorbeugung und zum andern einer möglichst intensiven Krankenbehandlung unter besonderer Berücksichtigung natürlicher Heilmittel dienen.

Die Eigenbetriebe der Krankenkassen und Rassenverbände: 11 Krankenhäuser, 4 Lungenheilstätten, 21 Kurheime, 126 Genesungs- und Erholungsheime, 8 Tageserholungsstätten, 13 Kinderheime, 142 Zahnkliniken, 191 Badeanstalten, 125 Röntgen- und Lichtbehandlungsinstitute — haben auch im Berichtsjahr ihre Aufgaben zur Zufriedenheit der Versicherten erfüllt. Die an der Statistik des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen beteiligten Rassen weisen einen Gesamtetat von über 1 Milliarde Mark aus. Die Reineinnahmen der Berichtskassen betragen je Mitglied 93,55 M, gegenüber dem Vorjahr sind sie um etwa 6 % gesunken. Von den Ausgaben ist das Krankengeld (um etwa 24 %) am stärksten gesunken. Hierin kommt neben den Auswirkungen der Notverordnung das Sinken der Löhne deutlich zum Ausdruck. Die Arznei- und Heilmittellasten haben sich infolge der Zuzahlung der Versicherten um über 10 % vermindert.

Die Mitgliederzahl der Berichtskassen hat sich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930 um 2 % vermindert, bei den Versicherungspflichtigen sogar um 4 %. In diesen Zahlen kommt die Wirtschaftskrise, insbesondere die Zunahme der ausgesteuerten Arbeitslosen, die nicht mehr krankenversicherungspflichtig sind, zum Ausdruck. Im Gegensatz zu der Zahl der Versicherungspflichtigen ist die der Versicherungsberechtigten gestiegen, und zwar bei den männlichen Mitgliedern um 17 %, bei den weiblichen Mitgliedern um fast 6 %. Da die unterstützten Arbeitslosen pflichtversichert sind und da ausgesteuerte Arbeitslose und Invaliden wohl kaum die nötigen Mittel zur freiwilligen Versicherung besitzen, auch meist durch Wohlfahrtsämter freie Arztbehandlung und Arzneimittelversorgung erhalten, ist anzunehmen, daß es sich bei den neu hinzugekommenen Versicherungsberechtigten in der Hauptkategorie um Angestellte handelt, die wegen Gehaltserhöhungen aus der Versicherungspflicht, und um Frauen, die wegen Heirat aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Die verhältnismäßige Zunahme der Versicherungsberechtigten läßt sonst darauf schließen, daß in immer weiteren Bevölkerungsteilen sich die Erkenntnis vom Vorteil des Versicherungsschutzes auch für Menschen in verhältnismäßig guter Wirtschaftslage ausbreitet.

## Wirtschaftspolitik

### Die Freiheit, die ich meine.

Daß man allgemeine Begriffe nur vom Standpunkt der persönlichen Interessen her versteht, lehrt ein Fall, den den „Fr. Stg.“ unter obiger Ueberschrift behandelt. Wir geben aus dieser Werts folgende „Zusätze“ wieder:  
„Ein mit dem Fall Nordwolle zusammenhängender Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf eine gewisse Geisteshaltung unserer Wirtschaft. Die Alrova in Chemnitz, eine zum Nordwolle-Konzern gehörende Strumpf- und Strickwarenfabrik, hat in den letzten Wochen große Teile ihrer Lagerbestände abgestoßen. Sie hat diese Liquidierung ihrer Warenvorräte vorgenommen, um sich flüssige Mittel zu verschaffen. Das ist sowohl privatwirtschaftlich wie volkswirtschaftlich eine durchaus vernünftige und zweckmäßige Geschäftspolitik. Die Konkurrenten der Alrova sind anderer Meinung. Für sie ist an der ganzen Sache nur bemerkenswert, daß die Alrova „zu billig“ verkaufe. Die Interessengemeinschaft der sächsischen Wirtverbände hat gegen die „Schleuberverkäufe“ protestiert und dringend ersucht, weitere „Unterpreisverkäufe“ zu unterbinden. Hier zeigt sich jene bedenkliche Mischung von Junftgeist und Konkurrenzgeist, die große Teile unserer Wirtschaft noch besetzt. Gewiß sind Notverkäufe für die Konkurrenten schmerzlich; sie verhindern, heißt aber die Krise verlängern. Man beseitigt die Krise nicht, indem man ihre Symptome zum Verschwinden bringt. Die deutschen Unternehmer pflegen an den Geist der Wirtschaftsfreiheit zu appellieren, wenn es gilt, Eingriffe des Staates abzuwehren oder das Lohntarifsystem zu bekämpfen. Soll die Wirtschaftsfreiheit auf ihre Kosten wirksam werden, so sind sie leicht geneigt, sich auf die Junftgesinnung zu berufen. Rundgebungen, wie die der sächsischen Wirtverbände, lassen befürchten, daß sie das Wesen der Wirtschaftsfreiheit nicht begreifen.“

### Das westdeutsche Industriegebiet in der deutschen Wirtschaft.

Die Industrialisierung Deutschlands kommt nirgends so packend zum Ausdruck als im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Von den im Deutschen Reich im Jahre 1929 zur Industrieabgabe veranlagten 208 751 Betrieben mit rund 49 Milliarden Mark Betriebsvermögen entfallen auf dieses Gebiet 42 072 Betriebe mit 10,6 Milliarden Betriebsvermögen oder 20,3 % aller deutschen Betriebe und 22,1 % des Vermögens dieser Betriebe. Die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebietes macht nur 19,6 % der gesamten deutschen Bevölkerung aus. Während auf je 100 000 Einwohner in Deutschland 332 Betriebe mit 76,9 Millionen Mark Betriebsvermögen entfallen, sind es im Rheinland und Westfalen 344 Betriebe mit 86,8 Millionen. 76 % der Betriebe im Industriebezirk haben ein Vermögen von 20 000 bis 1000 000 M, aber ihr Gesamtvermögen macht nur 12 % von dem gesamten Betriebsvermögen aus. In der Gruppe von 500 000 bis 5 Millionen Mark befinden sich 5 % der Betriebe mit 27 % des Betriebsvermögens. Ueber 5 Millionen Betriebsvermögen haben nur 1 % der Betriebe, die aber nicht weniger als 46 % des gesamten rheinisch-westfälischen Betriebsvermögens umfassen.

Nach Rechtsformen geordnet ergibt sich folgendes Bild: Von den 42 072 Betrieben sind 1559 Aktiengesell-



schaften, 4262 G. m. b. H., 34 310 Personalunternehmungen und 1941 Genossenschaften. Die Aktiengesellschaften machen nur 3,7 % der Betriebe aus, weisen aber ein Vermögen von 1895 Millionen oder 46,1 % des gesamten rheinisch-westfälischen Betriebsvermögens auf. Die G. m. b. H. umfassen 10,1 % der Betriebe, 11,5 % des Betriebsvermögens. Fast ein Fünftel, nämlich 19,7 % der sämtlichen deutschen Industriebetriebe und fast ein Viertel (24,9 %) ihres Vermögens entfallen auf die Provinzen Rheinland und Westfalen. Die industriellen Betriebe dieser Provinzen stellen sich auf 18 612 mit einem Betriebsvermögen von rund 8 Milliarden Mark. Das sind 44,2 % der Betriebe und 75,1 % des Betriebsvermögens der rheinisch-westfälischen Gesamtwirtschaft.

Man erblickt hieraus, daß wir es hier mit einem hochindustriellen Wirtschaftsgebiet zu tun haben, wie es in der gleichen Mächtigkeit nur wenige in der Welt gibt. Unter der industriellen Produktion steht naturgemäß der Bergbau und die Eisen- und Metallindustrie obenan. Aber auch die Kleinmetallindustrie, die Maschinenindustrie, die Textilindustrie, die chemische Industrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Warenhandel, die Schifffahrt, das Verkehrsgewerbe und die Banken sind im Rheinland und in Westfalen stärker vertreten als in den übrigen Gebieten Deutschlands von dieser Größe. Ein riesiges Arbeiterbecken ist dort zusammengeballt, wo ein Wald von Schloten gen Himmel ragt, die Erde von Titanenkräften erschüttert wird, wo unter der Erdoberfläche sich ein Netz von Straßen und Stollen meilenweit erstreckt und mächtige Feuerarbeiten den Himmel röten. Hier treten auch die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit am schärfsten zutage.

**Nicht Arbeitslosenunterstützung, sondern Bettelstuppen.**

Sobald ein außergewöhnlicher Notstand eingetreten ist, kommen von allen Seiten Vorschläge, wie der behoben werden kann. Dabei hat man Gelegenheit, die Gesinnung der einzelnen Gruppen kennen zu lernen. Ein Beispiel: Der Reichslandbund — übrigens eine feine Marke — gibt seine Forderungen zur Lösung der Wirtschaftskrise und Finanzkrise bekannt. Kurz zusammengefaßt sehen sie folgendermaßen aus: Umgestaltung des Reichskabinetts und Vöslösung desselben von der Sozialdemokratie. Verweigerung der Vergabe von Banknoten an die öffentlichen Haushaltungen und finanzielle Unterstützung des Reiches nur, wenn sich die Leitung des Reiches Vertrauen schafft. Einschränkung der Steuern, Befreiung der Zwangsbevirtschaftung der Arbeit. Teilweise Zahlungseinstellung des Reiches. Erziehung der Arbeitslosenunterstützung durch Naturalienlieferungen, Speisungen usw. usw.

So stellt sich die deutsche Landwirtschaft die Sanierung der Reichsfinanzen vor. Es lohnt nicht, über derartige Forderungen zu reden. Es genügt, sie niedriger zu hängen, damit jeder sieht, was er von dieser Seite zu erwarten hat.

**Was bedeutet der Kampf der Großagrarien für die „Autarkie“?**

Die Antwort kann man darauf kurz und bündig geben: er bedeutet nichts anderes als den Kampf für die Steigerung der Lebensmittelpreise. So lange das Schlagwort über Autarkie — Selbstgenügsamkeit — zu diesem Zweck gute Dienste leisten kann, wird sie eifrig verteidigt. Es wird jedoch gleich über Bord geworfen, als ein Festhalten daran diese Wirkung nicht mehr ausübt. Der Großgrundbesitzer rückt in Wirklichkeit vom Gedanken der Autarkie schon ab, ohne ihn ausdrücklich preiszugeben, zumal das Schlagwort sowohl für die Massenpropaganda wie für Erpressungszwecke bei der Regierung weiter erhalten muß. Außerordentlich aufschlußreich sind die Ausführungen von Professor Brandt (Wirtschaftsdienst, Heft 26), die er noch vor Ausbruch der Kreditkrise, die dem Kampf des Landbundes nach Autarkie neue Nahrung gab, über die Ehrlichkeit der Autarkiebeteuerungen des Großgrundbesitzes veröffentlichte. Wie er sich vorsichtig ausdrückt, begann man in den Kreisen der eifrigsten Vorkämpfer der Autarkie etwas stusig zu werden und von den eigenen Idealen abzurücken. War bisher die Forderung der Autarkie patriotische und moralische Pflicht, so wurden nun diese Gedanken plötzlich beiseite geschoben. Woher die Wandlung? Ihre Begründung ist außerordentlich lehrreich. Die Autarkie kann und soll nur gesichert werden mit Hilfe von hohen Zöllen, die die Einfuhr erschweren und verteuern. Diese Zölle können jedoch im Inland nur dann wirkungsvoll sein und die Preise zugunsten der Landwirtschaft erhöhen, wenn und solange die inländische Erzeugung den Inlandsbedarf nicht ganz zu decken vermag. Die preissteigernde Wirkung wird jedoch eingebüßt, sobald eine große eigene Erzeugung die Preise unter Druck fest. Da nun dank der stark steigenden inländischen Produktion und infolge der Schrumpfung der Massenaufkraft die deutsche Getreidewirtschaft den Inlandsbedarf aus Eigenproduktion bald decken kann, haben sie Angst vor ihrer eigenen Forderung nach Autarkie bekommen, die Verfechter der Idee haben — wie Professor Brandt sich ausdrückt — ihre bisher als moralische Forderung aufgestellte Autarkie aufgegeben. Um nämlich die Preise hochhalten und die Zölle aussetzen zu können, sind die Agrarier nunmehr bereit, die Auslandsware in gewissem Umfang hereinzulassen, und gleichzeitig versuchen sie, die eigene Produktion zu drosseln, damit diese den inländischen Bedarf nicht decken kann. Wie Professor Brandt schreibt: Eine bewachte Produktionsbeschränkung zur Vermeidung der Autarkie wird von den Agrariern angestrebt. So werden Ideale preisgegeben in dem Augenblick, wo sie zu den Profitinteressen in Gegensatz kommen.

In der gegenwärtigen schweren Kreditkrise der deutschen Wirtschaft wird nun das Schlagwort über die Autarkie vom Großgrundbesitz angeworfen. Es wird jetzt der Forderung der „Selbsthilfe“ gleichgesetzt. Was Selbsthilfe für den Landbund in Wirklichkeit bedeutet, geht aus keiner jüngsten Veröffentlichung hervor. Mit der Lebenskrise „Selbsthilfe“ sollen die Landwirte gebunden

werden, ihre Vorräte nach einem bestimmten, dort näher bekanntgegebenen Schlüssel vom Markt fernzuhalten und sie nicht unter einem vom Landbund festgesetzten Preis zu verkaufen. Mit anderen Worten bedeutet die Selbsthilfe des Landbundes den Versuch zur Gründung eines Kartells für die Landwirtschaft, zur Verknappung des Angebots und zur Preissteigerung der Agrarprodukte. Diese Selbsthilfe verwechseln die Großgrundbesitzer, denen ihr eigenes Interesse stets als das Interesse der Volkswirtschaft erscheint, mit der Selbsthilfe, die der Volkswirtschaft in einer schweren Notlage aufgegeben ist. Als Selbsthilfe erscheint außerdem dem Großgrundbesitzer die Drosselung der landwirtschaftlichen Einfuhr, die zwar die Wirkung haben kann, die Lebensmittelpreise zu erhöhen, die aber für die deutsche Ausfuhr, die fünf Millionen deutsche Arbeiter noch ernährt, geradezu todbringend sein würde.

**Hygiene der Sportausrüstung und Körperpflege.**

Wie bereits zur vergangenen Leipziger Frühjahrsmesse wird auch zur Leipziger Herbstmesse vom 30. August bis 3. September in Anlehnung an die Sportartikelmesse eine Tagung „Sportgeräte in Theorie und Praxis“ stattfinden. Die Tagung wird sich im besonderen mit der Hygiene der Sportausrüstung und Körperpflege befassen. Sie steht unter Leitung von Professor Dr. Altrock, dem Leiter des Instituts für Leibesübungen an der Universität Leipzig, und Ministerialrat Dr. Mallwitz vom Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt. Zwei Sportärzte werden am Montag, dem 31. August, im Großen Hörsaal der Universität über ihre Untersuchungen in bezug auf hygienische Anforderungen an die Turn- und Sportkleidung und über den Sportschuh als Grundlage sportlicher Leistungen sprechen.

**Sprachkurse.**

Anfang September 1931 beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzzeichenkunde; Fremdwortkunde, „mir“ oder „mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule, N. 54, Reichenhagenstraße 13 (nahe S-Bahn Bese und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet, außer Sonnabends.

**Fachtechnisches**

**Verwendung von Zelluloselacken.**

Deren Gebrauch ist in neuerer Zeit eine äußerst mannigfaltige geworden. Japonecker (schreibt das Taschenbuch für die Farben- und Lackindustrie) kommen vor allem als feine Dekorations- und Schutzlacke für Metallgegenstände in Betracht, wobei auch der Umstand mitzuzählen ist, daß sie sich völlig farblos herstellen lassen, und daß ihre Filme das Aussehen der damit lackierten Gegenstände nicht verändern. Dazu kommt, daß man sie geradezu als Porenfüller zur Grundierung poröser Hölzer verwendet. Die „freien Grundiermittel“ bestehen aus Lösungen von Glycerin und Nitrozellulose. Die zur Verwendung kommenden Kopal- oder Kunstharze werden für sich in Spirit gelöst und dem Zelluloselack beigemischt. Für Innenanstriche kommt „freie“ Grundierung immer mehr in Betracht, für Außenanstriche nur dann mit Vorteil, wenn man die Gewißheit hat, daß die Oberfläche der zu streichenden Gegenstände vollkommen trocken ist.

Bei feuchtem Holz zum Beispiel würde sonst das verdampfende Wasser die Grundierung und die Anstriche völlig abspülen. Mit Zinnpulver angerieben, sind die Japonecker besonders brauchbar zur Schnellherstellung. Ein weiteres Kapitel ist den „Nitrozelluloselacken“ gewidmet, sogenannten Decklacken (amerikanischen Duco-lacken). Zur Erhöhung des Glanzes, zur Verbesserung der Haftfähigkeit auf der Unterlage werden vielfach Harze zugegeben (Damar).

Vorstehende Zeilen dürften allerdings nur einen schwachen Begriff geben über die Ausdehnungsfähigkeit dieser Lacke und ihre praktische Anwendung; um so mehr bringt es jedoch die Notwendigkeit selbst für den eifrigsten Dekorationsmaler mit sich, offenen Auges das neue Fachgetriebe zu betrachten und zu beachten. — Denn nur derjenige, der in allen Sätteln zu reiten versteht (um einen alten Spruch zu gebrauchen), kann sich den Lebensunterhalt sichern und sich auf der Höhe des Malereiberufes erhalten.

Unbarmherzig geht die Zeit vorwärts, und wohl dem, der durch sie nicht verdrängt werden kann.

P. Allwanger.

Patentsachen, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. (Auskünfte bereitwilligst.)

**Gebrauchsmuster.**

Nr. 42 h. 1 180 707. Farbmesser. Emil Witte, Dresden N 6, Bausener Straße 125.

**Erteilte Patente.**

- Nr. 75 c. 532 102. Verfahren zur Färbung von Lieberaugen aus künstlichen Farzen oder dergleichen. Robert Hopf, Hamburg, Immenhof 27.
- Nr. 75 c. 531 957. Verfahren zur Herstellung einer stanzfähigen farbigen Lackierung von beschrifteten Blechgegenständen. Dr. Johannes Heidenhain, Berlin SW 61, Gieschiner Straße 108.
- Nr. 75 a. 531 766. Verfahren zum Betrieb von Farbstaubsammlern. Albert Krausberger, Holzhausen b. Leipzig.
- Nr. 50 c. 531 443. Regelreibmühle für Farben. Johann Mehl, Mannheim, Windastraße 30.

**Angemeldetes Patent.**

Nr. 75 c. O. 18 922. Malverfahren mit trockenem Farbpulver. Ernst Odebrecht, Krizendorf bei Wien, Oesterreich.

Vom 16. August bis 22. August ist die 34. Beitragswoche, vom 23. August bis 29. August ist die 35. Beitragswoche.

**Literarisches**

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart, Schriftleiter: Polka Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M. — Die Arbeit bringt in den monatlich in einem Umfange von 64 Seiten erscheinenden Hefen eine Reihe von Aufsätzen, in denen Fragen erörtert werden, die für die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind und die das Verständnis der Vorgänge im Wirtschaftsleben fördern. Allen Gewerkschaftsmitgliedern ist das Abonnement der Arbeit zu empfehlen. Hans S. G o b l i c h: Wahn-Gurupa 1934. Eine Wilson-Fadetteiler-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Preis 4,80 M. in Leinen gebunden. — 17 Jahre sind verstrichen seit Beginn des Weltkrieges, aber noch lassen sich die Folgen auf Selbigen und Besten, tausend Millionen Menschen unter seinen Auswirkungen. Und dennoch bei allen Nationen wieder Sabelträger, unverantwortliche Kriegsheber. Da erscheint zur rechten Zeit das von Hans Goblich mit tiefem Verantwortungsgefühl geschriebene „Wahn-Gurupa 1934“, das auf die entsetzlichen Zustände hinweist, wie in nur wenigen Tagen und Nächten der Erdball Europa in ein Chaos zerfallen sein kann. Vor dieser Tragödie will der Verfasser die Völker Europas warnen: Was mit warmem Herzen verfaßte Buch soll verdorrten Menschlichkeit dienen, nicht dem Haß. Es ist geschrieben für alle Völker, für alle Männer, die sich zur Führung berufen glauben. Aus den vielen Anerkennungen bekannter Persönlichkeiten sei die des Generalmajors a. D. von Baessler hervorgehoben, in der es unter anderem heißt: „Eine überaus wertvolle, fesselnd geschriebene und zum Nachdenken anregende Utopie. Das Buch ist eine ernste Mahnung, insbesondere für Leute, die sich keine Vorstellung von der Ungeheerlichkeit des nächsten Krieges machen und machen wollen und die sich nicht die Mühe nehmen, darüber nachzudenken, was es für Land und Bevölkerung bedeutet, Kriegsausgang zu sein. Hans Goblich zeigt, zu welchen Konsequenzen ein neuer Krieg führen muß, er beschreibt das Chaos, das sofort entstehen muß, wenn nach Bergung und Vernichtung von Städten und ganzen Ländern durch die Luftstreitkräfte, Regierungen und Herrschern ein Einverständnis über die Welt in unerhörtem Ausmaß die Massen beherrscht. Den Krieg läßt der Verfasser nicht unbesiegt, sondern als einen, der die Völker Europas nicht zu mehreren Jahren, sondern zu mehr als hundert Jahren entgegnet, weist der Verfasser einen Weg, der aus dem europäischen Dilemma herausführt, wenn nicht veraltete Ideengänge kurzschlitten und egoistischer Persönlichkeiten diesen Weg verberben und zu Krieg und Untergang führen. Die Verbreitung dieses ausgezeichneten Buches in möglichst vielen Sprachen ist sehr zu wünschen. Wir haben diesen zureichenden Worten nichts hinzuzufügen. Wir wünschen, daß das aufklärende Buch in allen Kreisen die weiteste Verbreitung finden möge.“

U l f r e d F a u s t: „Das Panama der Nordpolare“. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68. 16 Seiten mit Umschlag und Illustrationen. Preis 10 S. — Faust schildert aus bester Kenntnis das Wachen dieses Weltkonzerns aus — einer Hasenbente. Das Leben hat hier einen Roman geschrieben, phantastischer als die Dichter. Der Aufstieg der Laburen, ihr Sturzbedürfnis und ihre Arbeiterkollaboration sind mit vielfach unbekanntem Material aufgezogen. Einen breiten Raum nimmt die Schilderung der Beziehungen zu den „nationalen“ Reaktionen ein. Den Gewerkschaften wird besonders der heftige Kampf interessieren, den die Laburen gegen die Gewerkschaften, für die Gelben durchgeführt haben. Das Panama der Nordpolare muß lesen, besonders aber jeden Gewerkschaftsmitgliedern interessieren, deshalb kann die Anschaffung nur dringend empfohlen werden.

Bei südafrikanischen Minenboys. Im südlichen Afrika leben selber ein paar Millionen Neger und einige zehntausend Buren auf flüchtig bewirtschafteten Feldern und Weidplätzen. Als am Ende des 19. Jahrhunderts Gold, Diamanten, Kupfer, Kohle entdeckt wurde, änderte sich das Bild. Für soziale Einrichtungen auf die Bevölkerung diese Veränderung hat in welcher Weise die Neger umgewandelt und kultiviert worden, zeigt auf Grund eigener Studien in der „Urania“, Heft 11, Jahrgang 30/31, Hans Sellig, London. Reiches Bildmaterial ergänzt den Text. Theodor Peters spricht vom dem Hebelkraft und der Heide. Kurt Stecher läßt das moderne Palästina gegen Hitler aufmarschieren. Fräulein Bilder von der unberührten Natur zeigt Boris Sammel aus den Naturforschungsgebieten. Eine chemische Umschau und vieles andere Neue ist in Wort und Bild in diesem Heft zusammengefaßt. Ein eigenes Abonnement auf diese interessante Zeitschrift empfiehlt sich ungemein. Der Urania-Freizeiter-Verlag in Jena läßt Interessenten gern Probehefte kostenlos zur Verfügung. Aus Anlaß des Beginns des 8. Jahrganges erläßt der Verlag ein großes Preisauszeichnis, an dem sich jeder beteiligen kann. Werbebedingungen und nähere Informationen sendet der Verlag jedem Beteiligten zu.

**Sterbefälle.**

- Frankfurt a. M. (Zahlstelle Griesheim). Am 8. August starb an einer Lungenentzündung unser treues Mitglied Franz Leicher im Alter von 63 Jahren.
- Hamburg. (Zahlstelle Elmshorn). Am 6. August erkrankt beim Baden unser junger Kollege Hans Suhr im Alter von 21 Jahren.
- Kiel. Am 5. August ist unser Kollege Karl Petersen im Alter von 62 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.
- Wiesbaden. Am 11. August starb nach langem schweren Leiden unser treuer Kollege und Mitbegründer der Filiale Wiesbaden Philipp Mühn aus der Zahlstelle Sonnenberg im Alter von 70 Jahren.

Ehrendem Andenken!